I n h a l t

<u>Öffentlicher Teil</u>	<u>Nummer</u>
1 Anfragen	
1.1 Nutzungsperspektive Lindenhof nach Flutschäden - Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 22.07.2025 mit Stellungnahme vom 05.08.2025	AF/2025/123
1.2 Gefährdung der Refinanzierung des Rettungsdienstes - Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.07.2025 mit Stellungnahme vom 15.08.2025	AF/2025/125
1.3 Entwurf der Haushaltssatzung 2025 und der mittelfristigen Fi- nanzplanung 2026 - 2028, einschließlich HSK-Maßnahmen - Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.07.2025 mit Stellungnahme vom 18.08.2025	AF/2025/126
2 Mitteilungen	
2.1 Information zum Verfahren zum Jahresabschluss 2024, GPA- Bericht und Haushaltssicherungskonzept (HSK) - Mitteilung vom 01.08.2025	MI/2025/169
2.2 Grünsatzung als Handlungsempfehlung - Webseite Veröffentli- chung - Mitteilung vom 05.08.2025	MI/2025/170
2.3 Anpassung des Planansatzes 2025 - Mitteilung vom 06.08.2025	MI/2025/171
2.4 Disziplinarverfahren gegen Herrn Stadtkämmerer Molitor und Entbindung von Dienstgeschäften - Mitteilung vom 11.08.2025	MI/2025/172
2.5 Sachstand Brandruine „Alt Schlebusch“ - Mitteilung vom 26.08.2025	MI/2025/173

2.6	Kreisverkehr Berliner Platz - Ersatz für „Berliner Kissen“ notwendig - Mitteilung vom 29.08.2025	MI/2025/174
3	Beschlusskontrollen	
3.1	Parkgarage Goetheplatz - Beschlusskontrollbericht vom 05.08.2025	BK/2025/212
3.2	Abbau der Schilderdichte im Stadtgebiet - Beschlusskontrollbericht vom 22.08.2025	BK/2025/213
3.3	Nutzung erneuerbarer Energien - Beschlusskontrollbericht vom 25.08.2025	BK/2025/214

Nichtöffentlicher Teil

Nummer

1	Anfragen	
1.1	Abrechnung der Hauptfeuerwache über die Rettungsdienstgebühren - Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.07.2025 mit Stellungnahme vom 05.08.2025	AF/2025/124
2	Mitteilungen	
3	Beschlusskontrollen	

Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 22.07.2025

Nutzungsperspektive Lindenhof nach Flutschäden

Am 14. Juli 2025 jährte sich das verheerende Flutereignis aus dem Jahr 2021. Die Stadt hat seitdem beachtliche Fortschritte bei der Schadensbeseitigung gemacht - insbesondere ist die zügige Sanierung des Lindenhofs hervorzuheben. Die Wiederaufnahme der Jugendarbeit am Standort verdient ausdrückliche Anerkennung.

Gleichzeitig erreicht mich jedoch wiederholt Unverständnis von Vereinen und Gruppen, die zum Teil seit Jahrzehnten regelmäßig Veranstaltungen im Lindenhof durchführen. Diese sehen sich bislang ohne konkrete Informationen zur Wiederaufnahme ihrer Nutzungen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1.

Zu welchem Datum ist die Nutzung der Veranstaltungsräume im Lindenhof wieder möglich – insbesondere durch externe Gruppen und Vereine?

Stellungnahme:

Das Jugendhaus Lindenhof wurde offiziell am 27.03.2025 wiedereröffnet. Seitdem sind auch Reservierungsanfragen für Vereine und externe Gruppen möglich für Veranstaltungen ab Herbst 2025 (nach den Sommerferien). Die erste geplante Veranstaltung soll am 06.09.2025 stattfinden.

2.

Welche städtische Stelle ist künftig konkret für die Vergabe und Koordination der Nutzung des Lindenhofs zuständig?

Stellungnahme:

Die Einrichtungsleitung des Jugendhauses Lindenhof aus dem Fachbereich Kinder und Jugend ist für die Vergabe und Koordination zuständig.

3.

Wie lauten die vollständigen Kontaktdaten (Telefon, E-Mail, ggf. Ansprechpartner*in) dieser Stelle?

Für Reservierungs- und Mietanfragen wurde eigens folgende E-Mail-Adresse eingerichtet: Reservierungen.lindenhof@stadt.leverkusen.de. Die E-Mail-Adresse ist auf der städtischen Homepage hinterlegt.

4.

Welche Kosten entstehen bei der Anmietung der Räume durch externe Gruppen und Vereine? Gibt es gegebenenfalls Ermäßigungen oder Sonderregelungen für gemeinnützige Organisationen?

Stellungnahme:

Bis auf Weiteres gelten die „Richtlinien und Entgeltordnung für die Vermietung von Räumen im Jugendhaus Lindenhof und Jugend- und Bürgerhaus „Schöne Aussicht“ fort.

[Entgeltordnung Jugendhäuser Schöne Aussicht und Lindenhof](#)

Dezernat für Bildung, Jugend und Sport, Kinder und Jugend in Verbindung mit
Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

05.08.2025

Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.07.2025

Gefährdung der Refinanzierung des Rettungsdienstes

Die Mitteilung zur Finanzierung des Rettungsdienstes zeigt eine besorgniserregende Tendenz mit weitreichenden Risiken und Folgen auf.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Finanzierung des Rettungsdienstes in Leverkusen und den in der Mitteilung dargestellten Finanzierungsproblemen bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. **Gesetzliche Verpflichtung zur Gebührenfortschreibung:**
 - a. **Aus welchem Grund hat die Verwaltung seit dem Jahr 2018 – trotz erheblicher kostenrelevanter Änderungen im Rettungsdienst (neue RTWs, Personalaufwuchs, neue Rettungswache etc.) – nicht jährlich eine Fortschreibung der Rettungsdienstgebührensatzung nach § 6 Abs. 2 KAG NRW vorgelegt, wie es das Kommunalabgabengesetz NRW vorsieht?**

Stellungnahme:

Die Aufgabe Betriebsabrechnung/Gebührenkalkulation wurde aus organisatorischen Gründen vom Fachbereich Finanzen (FB 20) zum Fachbereich Feuerwehr (FB 37) verlagert. Die entsprechende organisatorische Veränderung wurde zum 01.11.2018 vollzogen.

Aufgrund von Personalwechseln konnte im FB 37 eine erstmalige kontinuierliche Bearbeitung der Kalkulation sämtlicher Gebühren und des Kostenersatzes nach RettG und BHKG erst zum 01.03.2021 erfolgen.

Die Beschaffung der relevanten Daten für den Betriebsabschluss war aufgrund der benötigten Daten anderer Fachbereiche, der SAP-Struktur und von Auswertungserfordernissen sehr zeitaufwendig, zudem mussten Struktur und Fachwissen aufgebaut werden.

Hinsichtlich der Bewertung der Dezentralisierung dieses Aufgabenbereiches und den Konsequenzen daraus, wird auf die Antwort auf Frage 5 verwiesen (siehe unten).

-
- b. **Wann wurden seit 2010 jeweils Satzungen für den Rettungsdienst beschlossen?**

Stellungnahme:

2010, 2011, 2013, 2014, 2018, 2019, 2022

2. **Kalkulationspflicht:**
 - a. **Wer ist innerhalb der Verwaltung (Dezernat, Abteilung, Personalstelle) konkret für die regelmäßige Erstellung der Gebührenkalkulation im Bereich Rettungsdienst zuständig?**

Stellungnahme:

Die Kalkulation der Gebühren und die Erstellung der Satzung werden seit 2018 durch den Fachbereich Feuerwehr, Abteilung 370 – zentrale Aufgaben und Verwaltung unter Beteiligung der entsprechend notwendigen Fachbereiche (z.B. FB Finanzen und Gebäudewirtschaft) bearbeitet. Davor wurde das Thema im Fachbereich Finanzen betreut.

- b. **Wann wurde intern erstmals festgestellt, dass die bisherigen Gebührensätze veraltet bzw. nicht mehr auskömmlich sind?**

Stellungnahme:

Die Sätze der aktuell noch gültigen Satzung sind - bezogen auf das zugrundeliegende Datenmaterial - zutreffend.

Es geht nun darum, die Satzung auf Grundlage des Datenmaterials der Folgejahre kontinuierlich fortzuschreiben. Erst mit Fertigstellung der Betriebsabschlüsse, die im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2024 erfolgte, konnte eine Aussage zur Auskömmlichkeit getroffen werden.

- c. **Welche konkreten Schritte wurden ab diesem Zeitpunkt unternommen, um eine neue Satzung zu erarbeiten?**

Stellungnahme:

Wie unter 1a dargestellt, waren mehrere Jahresabschlüsse zu erstellen, wobei sich diese Arbeit durch die genannten Rahmenbedingungen schwierig gestaltete. Die Arbeiten hieran liefen kontinuierlich. Unmittelbar nach Fertigstellung der Betriebsabschlüsse wurden die Kalkulationen vorgenommen und das formelle Verfahren gem. § 14 RettG NRW eingeleitet.

- d. **Warum wurden bei der Überarbeitung der Gebührensatzung 2022 das Abrechnungsjahr 2017 zu Grunde gelegt? Wurden hier die Kostensteigerungen der Jahre 2018, 2019 und 2020 nicht in die neue Satzung aufgenommen?**

Stellungnahme:

Nach dem Aufgabenübergang von FB 20 zu FB 37 war zunächst das Jahr 2017 zu betrachten. Dieses Jahr wurde gewählt, da sich ab dem Folgejahr Änderungen ergaben, die eine gemeinschaftliche Kalkulation mit Folgejahren ausgeschlossen haben. Hierzu zählen insbesondere die Maßnahmen der 3. Fortschreibung des RDBP (Vorlage 2017/1952, Beschlussdatum 18.12.2017). Im Rahmen von Prognosen für die Jahre 2018/2019 wurden die voraussichtlichen Kostensteigerungen in der Regelvorhaltung des Rettungsdienstes berücksichtigt.

3. **Verzicht auf Unterdeckungen:**

- a. **Wieso hat die Verwaltung bei Erlass der Satzung 2022 die bekannten Unterdeckungen aus den Jahren 2018 bis 2020 nicht einbezogen,**

obwohl dies 2021 mit den Kostenträgern vereinbart worden war?

Stellungnahme:

Die angesprochene Vereinbarung mit den Kostenträgern (2021) erfolgte im Rahmen der Erörterung zur Satzung 2022 gemäß den Vorgaben des § 14 RettG. In diesem Erörterungsgespräch wurde gemeinschaftlich mit den Kostenträgern festgelegt, dass die Jahre 2018 ff. in einer späteren Gebührensatzung berücksichtigt werden. Dies ist mit der Einleitung des formellen Verfahrens nach § 14 RettG erfolgt.

b. Wie verteilen sich die Unterdeckungen einzeln auf die jeweiligen Jahre 2018-2024?

Stellungnahme:

Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt eine Aufarbeitung der Gebührenkalkulation unter externer Begleitung. Aktuell liegen noch keine Ergebnisse vor.

c. Wer hat diese Entscheidung getroffen, auf welche Rechtsgrundlage wurde sich dabei gestützt?

Stellungnahme:

Ein Verzicht auf Unterdeckungen wurde zu keinem Zeitpunkt erklärt. Hierzu gab es keine Entscheidung. Zudem befindet sich der FB 37 noch immer in einem laufenden Verfahren mit den Kostenträgern gemäß § 14 RettG.

4. Schaden für die Stadt:

a. Welche Summe an Rettungsdienstkosten aus den Jahren 2018–2024 ist nach Einschätzung der Verwaltung nicht mehr refinanzierbar, weil sie – entgegen dem Kostendeckungsprinzip – nicht in eine rechtzeitig beschlossene Satzung eingeflossen ist und so ein Ausgleich von Über- und Unterdeckungen nach §6 KAG nicht mehr möglich ist?

Stellungnahme:

Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt eine Aufarbeitung der Gebührenkalkulation unter externer Begleitung. Aktuell liegen noch keine Ergebnisse vor.

b. Wie schätzt die Verwaltung die rechtliche Situation ein, in diesem Fall noch einen Ausgleich der Unterdeckung durchsetzen zu können?

Stellungnahme:

Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt eine Aufarbeitung der Gebührenkalkulation unter externer Begleitung. Aktuell liegen noch keine Ergebnisse vor, so dass hierzu aktuell noch keine Aussage getroffen werden kann.

c. Wie bewertet die Verwaltung diese Entwicklung haushaltsrechtlich?

Stellungnahme:

Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt eine Aufarbeitung der Gebührenkalkulation unter externer Begleitung. Aktuell liegen noch keine Ergebnisse vor, so dass hierzu aktuell noch keine Aussage getroffen werden kann.

In Abstimmung und in Zusammenarbeit mit der externen Unterstützung werden konstruktive Ansätze geprüft und es wird an einer kalkulatorischen Lösung gearbeitet, um finanzielle Einbußen weitgehend zu verhindern.

5. **Interne Konsequenzen: Welche organisatorischen oder personellen Konsequenzen zieht die Verwaltung aus dem Umstand, dass über mehrere Jahre hinweg keine rechtskonforme Fortschreibung erfolgte und dadurch ein Haushaltsrisiko in Millionenhöhe entstanden ist?**

Stellungnahme:

Aufgrund des sehr deutlich gewordenen Erfordernisses von Spezialwissen im Bereich Gebührenkalkulationen hat Herr Oberbürgermeister Richrath den FB 11 mit der organisatorischen Betrachtung und Zentralisierung dieser Thematik im FB 20 beauftragt. Diese Maßnahme soll kurzfristig umgesetzt werden.

6. **Wie stellt sich der Abrechnungsstand der Rettungsdienstgebühren für den Zeitraum 2017 bis 2024, nach Jahren getrennt, dar? Welche Rückstände gibt es bei der Vereinnahmung der Gebühren? Wie viele Bescheide sind angefochten oder offen?**

Stellungnahme:

Es ist systembedingt nicht auswertbar, welche Jahre wann abgerechnet wurden, da die Einsatzprotokolle, welche die Basis des Gebührenbescheides darstellen, in analoger Form vorliegen und erst mit der Abrechnung im SAP-System digital erfasst werden.

Der Rückstand der Rettungsdienstgebühren liegt aktuell bei 6-8 Wochen. Es wird nicht digital erhoben, wie viele der generierten Bescheide bereits gezahlt wurden. Aktuell ist zu einem Bescheid ein Klageverfahren anhängig.

7. **Wie ist der aktuelle Stand der Überarbeitung der Rettungsdienst-Gebührensatzung, insbesondere in Hinblick auf die Integration der strittigen Kostenpositionen?**

Stellungnahme:

Derzeit befindet sich die Stadt Leverkusen im formellen Verfahren nach § 14 RettG mit dem Ziel, Einvernehmen mit den Kostenträgern zu erreichen.

8. **Welche Auswirkungen hätte eine Beschlussfassung der neuen Satzung ohne Einvernehmen mit den Kostenträgern rechtlich und haushalterisch?**

Stellungnahme:

Hier sind mehrere Szenarien denkbar. Wie bereits in anderen Kommunen praktiziert, könnten die Kostenträger zukünftig lediglich Abschläge zahlen. Denkbar wäre auch eine Rechnungsstellung unmittelbar an die transportierten Personen als originärem Gebührenschuldner. Dessen ungeachtet, wird seitens der Stadt Leverkusen weiter ein Einvernehmen mit den Kostenträgern angestrebt.

9. **Veränderte Rechtsauffassung KV in Sachen Leerfahrten:**
a. **Wie bewertet die Verwaltung die Rechtsauffassung der Krankenkassen, wonach Fehlfahrten sowie Unterdeckungen der vergangenen Jahre nicht mehr refinanziert werden sollen – trotz anderslautender Erörterungen in früheren Verfahren?**

Stellungnahme:

Seit dem Jahr 2024 ist die veränderte Rechtsauffassung der Kostenträger nicht mehr nur ein kommunales Thema der Stadt Leverkusen, sondern bundesweit strittig mit den Kostenträgern. Für das Land NRW finden aktuell Gespräche zwischen dem zuständigen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Kostenträgern statt. Ein Ergebnis steht noch aus.

- b. **In welcher Höhe sind die durch die neuen Ablehnungen der GKV verursachten finanziellen Risiken für den städtischen Haushalt in den kommenden Jahren konkret bezifferbar?**

Stellungnahme:

Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt eine Aufarbeitung der Gebührenkalkulation unter externer Begleitung. Aktuell liegen noch keine Ergebnisse vor, so dass hierzu aktuell noch keine Aussage getroffen werden kann.

- c. **Wie viele andere Kommunen in NRW haben nach Kenntnis der Stadtverwaltung vergleichbare Rückmeldungen über verweigerte Erstattungen erhalten? Welche finanziellen Risiken und finanziellen Folgen sind dort zu verzeichnen?**

Stellungnahme:

Wie unter 9 a. dargestellt, handelt es sich hierbei um eine landesweite Problematik. Aus anderen Kommunen liegen keine validen Zahlen zu finanziellen Folgen vor.

- d. **Welche konkreten rechtlichen und politischen Schritte plant die Stadt, um die kommunalen Interessen gegenüber der neuen Haltung der GKV zu wahren?**

Stellungnahme:

Als Ergebnis der Aufarbeitung unter externer Begleitung soll die Verhinderung einer nachhaltigen, strukturellen Unterfinanzierung des Rettungsdienstes der Stadt Leverkusen stehen. Zugleich soll auf dieser Grundlage eine zukunftssichere Basis für die Erarbeitung der nachfolgenden Satzungen geschaffen werden. Derzeit befindet sich die Stadt Leverkusen noch immer im formellen Verfahren nach § 14 RettG mit dem Ziel, Einvernehmen mit den Kostenträgern zu erreichen.

10. Wie ist der aktuelle Stand der Überarbeitung der Gebührensatzung Brandverhütungsschau? Die letzte Überarbeitung ist vom 14.11.2022, droht hier ebenso ein finanzielles Risiko durch eine mögliche Nichtabrechnung? Wie hoch ist hier der Rückstand der Bearbeitung?

Stellungnahme:

Im Gegensatz zur Rettungsdienstgebührensatzung verfolgt diese Satzung das Ziel des Kostenersatzes. In diesem Rahmen dürfen nicht die entstehenden Gesamtkosten zugrunde gelegt werden, ferner ist diese Satzung nicht mit externen Beteiligten (Kostenträgern) zu verhandeln. Das zugrundeliegende Zahlenmaterial stammt aus 2021/2022. Die Satzung befindet sich aktuell in der Überarbeitung. Eine Vorlage für die politischen Gremien ist für das letzte Quartal 2025 vorgesehen.

Die Bearbeitungsrückstände bei Gebühren über Brandverhütungsschauen, Stellungnahmen des vorbeugenden Brandschutzes etc. liegen bei ca. 15 Fällen aus den letzten zwei Monaten. Diese werden mit Wiederbesetzung der aktuell noch vakanten Stelle der Sachbearbeitung zeitnah abgebaut werden können.

11. Wie ist der aktuelle Stand der Überarbeitung der Feuerwehrsatzung? Die letzte Überarbeitung ist vom 14.11.2022, droht hier ebenso ein finanzielles Risiko durch eine mögliche Nichtabrechnung? Wie hoch ist hier der Rückstand der Bearbeitung?

Stellungnahme:

Im Gegensatz zur Rettungsdienstgebührensatzung bildet diese Satzung eine Gebühr bzw. Kostenersatz. Bei dieser Satzung kann lediglich eine geringe Refinanzierung erfolgen, da wesentlichen Kosten der Vorhaltung keine Berücksichtigung finden dürfen. Die Satzung ist nicht mit externen Beteiligten (Kostenträgern) zu verhandeln.

Die Satzung befindet sich aktuell in der Überarbeitung. Eine Vorlage für die politischen Gremien ist für das letzte Quartal 2025 vorgesehen. Ein Verjährungstatbestand ist derzeit nicht vorhanden.

Den größten Teil der abrechnungsfähigen Einsätze bilden Einsätze zu automatischen Brandmeldeanlagen. Diese besonders einnahmerelevanten Einsätze werden priorisiert bearbeitet, hier beträgt der Rückstand etwa sechs Monate. Zudem wird aktuell an der Kostenermittlung für die

abrechenbaren Großeinsätze der Jahre 2023 ff. gearbeitet. Ein Verjährungstatbestand ist derzeit nicht vorhanden.

Feuerwehr

15.08.2025

Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.07.2025

Entwurf der Haushaltssatzung 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 - 2028, einschließlich HSK-Maßnahmen

Für die weiteren Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 - 2028, einschließlich der Maßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept bitten wir um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1.

Bitte führen sie die Budgets der einzelnen Dezernate für die Jahre 2024, 2025, 2026, 2027 und 2028 tabellarisch, auf und verdeutlichen Sie ob die Einsparungen von 15 % über die 5 Jahre erreicht werden. Sofern in einzelnen Fachbereichen die Einsparung über 5 Jahre nicht erfolgt, erläutern Sie bitte die Hintergründe.

Stellungnahme:

Der Beschluss zum Antrag Nr. 2024/3145 (i. V. m. der Vorlage Nr. 2024/3148) erfolgte in der Sitzung des Rates am 16.12.2024. Zu diesem Zeitpunkt war die Haushaltssatzung 2024 bereits öffentlich bekanntgemacht und damit rechtskräftig (siehe Amtsblatt Nr. 19 vom 02.07.2024, lfd. Nummer 107). Die Verwaltung befand sich seit dem 02.08.2024 gem. § 25 II KomHVO in einer konkreten Haushaltssperre (siehe TOP-Verteilerschreiben vom 02.08.2024) und die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel erfolgte seit dem 02.08.2024 unter der Prämisse der vorläufigen Haushaltsführung. Die originär beschlossenen Ansätze 2024 konnten nicht mehr gekürzt werden, sondern gingen in der allumfassenden Haushaltssperre auf.

Für das Planungsjahr 2025 können die Vorgaben und die letztendlichen Einsparungen in Bezug auf die Haushaltsverbesserung in Höhe von 1 % der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Dez./FB/ zentrale Budgets	Vorgabe	Einsparung	Differenz
Dez I	137.200	256.420	119.220
Dez. II	2.499.300	2.680.100	180.800
Dez. III	1.755.600	6.139.080	4.383.480
Dez. IV	1.663.800	2.085.442	421.642
Dez. V	991.700	1.899.200	907.500
IT Entgelte*	222.600	0*	-222.600
Personal*	2.597.890	0*	-2.597.890
SUMMEN	9.868.090	13.060.242	3.192.152

* Im Fazit kann festgehalten werden, dass die vorgegebene Haushaltsverbesserung insgesamt um über 3 Mio. € überschritten wurde.

Die gesamtstädtischen Themenblöcke „IT Entgelte“ und „Personalaufwendungen“ erstrecken sich über alle Dezernate. Sie sind zwar in der Berechnung der Quote berücksichtigt, jedoch nicht mit Einzelmaßnahmen in der 1%-Quote je Dezernat enthalten. Die Einsparungen ergeben sich aus gesamtstädtischen IT- und

Personalmaßnahmen sowie weitergehenden Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept.

Die Verbesserungssumme für das Haushaltsjahr 2025 in Höhe von 13.060.242 € wurde durch den Fachbereich Finanzen sofort gesperrt und steht daher nicht zur weiteren Bewirtschaftung im Jahr 2025 zur Verfügung. Darüber hinaus befindet sich dieser Betrag (aufgerundet) als „pauschale Verbesserung“ im Haushaltssicherungskonzept (HSK) als laufende Nummer 0 (siehe hierzu die Anlage „HSK VL zur Vorlage 2025_3235 aktualisierte Fassung vom 06.06.2025“ zur Vorlage Nr. 2025/3235).

Auf die Umsetzung für die Jahre 2026 ff. wurde zunächst verzichtet, da die Verwaltung davon ausgeht, dass sich die möglichen Einsparungen aus dem Antrag Nr. 2024/3145 unweigerlich mit den Haushaltsverbesserungen im Rahmen des HSK überschneiden werden.

2.

Stellen Sie den Ist-Zustand der Raumkosten dar. Bitte sortieren sie die Immobilien gruppiert nach „eigene Gebäude“, „Fremdanmietung“ und „Anmietung von Tochterunternehmen“. Wichtig sind hierbei die Kosten pro Quadratmeter. Für einen Benchmark ist es ebenso wichtig die Quadratmeter je Mitarbeiter mit Büroarbeitsplatz aufzuzeigen. Haben sie Erkundigungen zu vergleichbaren Benchmarks in Vergleichskommunen und Behörden eingeholt?

Stellungnahme:

Aufgrund des Umfangs des Datenmaterials erfolgt die Beantwortung zu den Gebäudekosten über die Anlagen 1 bis 3.

3.

Wie ermittelt sich die Einsparsumme bei der HSK Maßnahme 60007? Bitte führen Sie dies detailliert aus. Wie erklärt sich der große Aufwuchs?

Stellungnahme:

Bei der Maßnahme 60007/Verwaltungsoptimierung durch Digitalisierung, KI, Raumkonzept, modernes Arbeiten etc. handelt es sich um eine „Sammelkonsolidierungsmaßnahme“ insbesondere für die im Ratsbeschluss vom 16.12.2024 benannten Projektaufträge. Im Wesentlichen ergeben sich die Einsparungen dieser Maßnahme aus der Summe der Beiträge der Projekte Digitalisierung, KI, modernes Arbeiten, Raumkonzept und Personalbedarfskonzept.

Bezogen auf das in Erarbeitung befindliche Raumkonzept ist es die Zielsetzung, eine Einsparung zu erzielen, indem angemietete Verwaltungsstandorte unter Einbindung der Fachbereiche sukzessiv abgemietet und die Arbeitsplätze durch neue Rahmenbedingungen verdichtet werden. Die Verwaltungsunterbringung soll sich damit hauptsächlich auf Gebäude konzentrieren, die im Eigentum der Stadt Leverkusen stehen.

Zum inhaltlichen Ansatz der Projektaufträge wird auf das der Politik vorliegende Maßnahmenblatt zur HSK-Maßnahme 60007 verwiesen, aus dem Ausgangslage und

Zielsetzung der jeweiligen Projekte ersichtlich sind. Die Projekte bieten ein hohes Potenzial an Einspareffekten, bedürfen aber gleichsam umfangreicher und zeitintensiver (Vor-)Arbeiten, bis eine Konkretisierung der Einsparsummen vorgenommen werden kann. Aus diesem Grund sind die entsprechenden Aufwandsreduzierungen erst in späteren Haushaltsjahren (ab 2029) berücksichtigt und steigen insbesondere mit zunehmender Zeitschiene an. Diese Prognose basiert zusammenfassend auf der Annahme, dass Personalnebenkosten und Sachkosten durch Prozessbeschleunigung und Wegfall redundanter Arbeitsschritte eingespart werden, Miet-, Energie- und Betriebskosten durch Flächenreduktion gesenkt werden und im Ergebnis Servicequalität und Mitarbeitendenzufriedenheit gestärkt werden. Eine Reihe von Studien zeugen von den hohen Einsparpotenzialen in diesen Segmenten.

4.

Ist in der HSK Maßnahme 60007 eine Neuverhandlung bzw. Kündigung des Mietvertrages des Rathauses in Wiesdorf vorgesehen? Entsprechende Beschlüsse liegen vor.

Stellungnahme:

Der Fachbereich Gebäudewirtschaft hat die Kündigung des Rathauses bei Ermittlung des Einsparvolumens bislang nicht berücksichtigt.

5.

Welches belastbare Konzept hat die Verwaltung zum Thema New Work und mobile Arbeit? Ist der Personalrat hier einbezogen worden?

Stellungnahme:

In der Vergangenheit wurden bereits die Projektgruppen „moderne Arbeit“ und „Belegungskonzept Verwaltungsgebäude“ eingerichtet, die sich mit den digitalen Transformationsprozessen und dem Thema „New Work“ in Gebäuden auseinandersetzen. Bereits 2024 wurde eine Dienstvereinbarung zur „Mobilen Arbeit“ zwischen dem Oberbürgermeister und dem Personalrat geschlossen.

Um ein ganzheitliches Konzept für die Verwaltung zu erarbeiten, wurde im April 2025 durch den Verwaltungsvorstand eine übergeordnete Projektgruppe mit dem Arbeitstitel „Moderne Verwaltung“ beschlossen. Der Personalrat ist bei diesem Thema und in die Projektgruppen eingebunden.

6.

Nach den vorgelegten Unterlagen wird in der mittelfristigen Planung mit einem Abbau von 383 Planstellen gerechnet. Wie teilen sich diese auf Pensionierung, Verrentung und Fluktuation auf? Ist hierbei auch schon ein Abbau durch Auflösung von Doppelstrukturen und Aufgabenkritik einbezogen? Der aktuelle Stellenabbau bezieht sich nach Erläuterung nur auf die ersten 5 Jahre des HSK, warum gibt es keine Hochrechnung für die weiteren 5 Jahre bis 2035?

Stellungnahme:

Der Abbau der 383 Vollzeitäquivalente ergibt sich rein rechnerisch aus der Umsetzung des 15%-Beschlusses. Ob die Realisierung durch Altersabgänge oder

Fluktuation erfolgt, wird in jedem Bereich unterschiedlich ausgestaltet werden und hängt von den individuellen Gegebenheiten ab. Die Aufgabenkritik inklusive der Auflösung von Doppelstrukturen ist zwingende Voraussetzung für die Realisierung der Einsparung. Ohne Beschlüsse zum Aufgabenverzicht führt auch die Fluktuation allein nicht zu einer Einsparung, da in diesem Fall Wiederbesetzungen notwendig wären.

Der Abbau der Vollzeitäquivalente ist entsprechend des 15%-Beschlusses für die ersten 5 Jahre mit steigenden Prozentsätzen berechnet. Die tatsächliche Realisierung wird sehr herausfordernd sein. Wenn es für die Jahre 2030 bis 2035 gelingt, diesen reduzierten Personal-Stand zu halten, ergeben sich (immer im Vergleich zur Ausgangslage 2024) kumulierte Einsparungen im Umfang von 240 Mio. Euro. Darüber hinaus ist abzuwarten, was das Ergebnis der PD bringt.

7.

Bitte zeigen Sie auf, wie viele Mitarbeitende (verbeamtet/tarifangestellt) heute älter als 57 Jahre sind und somit in den nächsten 10 Jahren in Rente oder Pension gehen (jährliche Angabe, getrennt nach Beamten, Angestellten und Fachbereich). Sind für die freiwerdenden Stellen schon kw-Vermerke vorgesehen? Wenn ja, zeigen Sie die bitte auf. Wenn nein, erfolgt die Vergabe von kw-Vermerken noch im Rahmen der Aufgabenkritik?

Stellungnahme:

Die Auswertung ist der Anlage 4 – „Voraussichtliche Ruhestände“ zu entnehmen.

Kw-Vermerke sind unabhängig von Altersabgängen und Fluktuation zu betrachten und werden ausschließlich aufgrund wegfallender oder reduzierter Aufgaben vergeben. Daher sind abschließende Beschlüsse zur Aufgabenkritik zunächst abzuwarten.

8.

Erläutern Sie detailliert, wie die Ermittlung des Personalbedarfs anhand des vorliegenden Entwurfs des Stellenplans bei der Stadtverwaltung erfolgt.

Stellungnahme:

Wie in der Präsentation zum Stellenplan in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 18.06.2025 erläutert, werden Stellenbedarfe anhand unterschiedlicher Methoden ermittelt. Mit der Stellenplanvorlage 2025 wurden vor allem Planstellen aufgrund einer Steigerung des Arbeitsaufkommens eingerichtet. Hier sind vor allem der Fachbereich 20 (Gewerbesteuer), die Abteilungen 512 (Eingliederungshilfe und Kinderschutz) und 513 (Wirtschaftliche Jugendhilfe), der Fachbereich 61 (Bebauungspläne) und der Fachbereich 62 (thematische Karten und 3D-Stadtmodell) zu nennen. Mit der Steigerung des Aufgabenaufkommens ist häufig auch die Betrachtung der Überlastungssituation und Krankenquote verknüpft. In diesem Zusammenhang wurden vor allem im Fachbereich 50 (Hilfe außerhalb von Einrichtungen), im Fachbereich 37 (Rettungsdienstgebühren) und im Fachbereich 67 (Vergabeangelegenheiten) zusätzliche Stellen eingerichtet. Auch externe Organisationsuntersuchungen haben zu Stelleneinrichtungen im Fachbereich 40 (Berufsschulzweckverband) und im Fachbereich 37 (Einsatzdienst zur Kompensation der erforderlichen NotSan-Ausbildung) geführt. Eine eigene Erhebung zur

Berechnung des Stellenbedarfs kam – wie in jedem Jahr – bei der Stellenbemessung für die Schulgeschäftszimmer im Fachbereich 40 zum Tragen.

Neben den am 18.06.2025 vorgestellten Verfahren wurden darüber hinaus auch Planstellen aufgrund politischer Beschlüsse eingerichtet. Hier sind vor allem der Fachbereich 32 (Vertragsnaturschutz), der Fachbereich 50 (Abt. 503 – Kümmerner/innen), der Fachbereich 51 (Schulsozialarbeit) und der Fachbereich 65 (Eigenreinigung) zu nennen. Zudem wurden Stellen aufgrund einer rechtlichen Grundlage eingerichtet, beispielsweise im Fachbereich 33 (Einbürgerungen).

9.

Bitte erläutern Sie, welche Stellenausweitungen, etc. im Rahmen der Einnahmengenerierung erfolgt sind.

Stellungnahme:

Im Rahmen der Stellenplanvorlage 2025 wurden einnahmerelevante Planstellen in den folgenden Bereichen eingerichtet:

201 – GewSt,
512 – SB Leistungs- und Entgeltvereinbarungen,
513 – Wirtschaftliche Jugendhilfe.

10.

Zum Stellenplan (Vorlage 2025/3359) ergeben sich folgende Fragen:

10.1

Wann genau beginnt die angekündigte Aufgaben- und Strukturkritik (Seite 5, Abschnitt „Haushaltskonsolidierung“)? Wird ggf. in Phasen geprüft, sodass frühzeitig mit Teilergebnissen zu rechnen ist?

Stellungnahme:

Zu der Thematik Aufgaben- und Strukturkritik gibt es eine Projektgruppe, die sich mit verschiedenen Themenstellungen bereits auseinandergesetzt hat. Neben der breiten Prüfung möglicher Einsparpotentiale im Personalbereich (Rückstellungen, Urlaub, LOB etc.) werden aktuell die Themen „Parkraumbewirtschaftung“ und „Vermietung von Räumen/Flächen“ aufgegriffen.

Die Abgrenzung zur angelaufenen PD-Untersuchung ist fließend und mit zunehmender Dauer zu bewerten. Der aktuelle Untersuchungsauftrag „PD“ bezieht sich zunächst auf die Zweckkritik. Auch hier ist zu gegebener Zeit zu beurteilen, inwieweit hier Vertiefungen in Richtung Vollzugskritik vorzunehmen sind.

Im „laufenden Tagesgeschäft“ gilt unter der vorläufigen Haushaltsführung die Prüfung nach § 82 GO NRW.

10.2

Welche messbaren Verbesserungen (z. B. Bearbeitungsdauer, Servicequalität, Fallzahlen/Mitarbeitende) lassen sich den jeweiligen Stellenaufwüchsen zuordnen (Seite 5, Grafik „Netto-Zuwachs seit 2013“)?

Stellungnahme:

Im Fachbereich 51 ist eine Reduzierung der Überlastungssituation durch die Senkung der Fallzahlen je Mitarbeiter*in erkennbar.

Im Fachbereich 65 wurde eine Einsparung von Reparaturaufträgen an Dritte durch die Übernahme von Kleinaufträgen durch den Handwerkerpool realisiert. Außerdem konnten die Beschäftigtensicherheit und die Hygienestandards verbessert werden.

In den Fachbereichen 33 und 36 hat sich die Anzahl der Beschwerden verringert, die Terminvergabe erfolgt schneller, sodass sich die Wartezeiten verkürzt haben und die Termine schneller abgearbeitet werden können. Zudem werden in den Abteilungen 333 und 334 neue Gesetze, Verordnungen etc. in einem vertretbaren Zeitrahmen umgesetzt.

Im Fachbereich 11 ist erkennbar, dass freigegebene Planstellen schneller ausgeschrieben werden, sodass eine zeitnahe Wiederbesetzung (Stichwort: Reduzierung von Überlastung) in allen Bereichen erfolgen kann. Darüber hinaus wurden die Mitarbeiterbindung und -gewinnung durch eine Steigerung der Arbeitgeberattraktivität (Arbeitgebermarke) verbessert. Die hierdurch erzielte Ausweitung des Personalkörpers erfordert auch eine Steigerung im Bereich der Personalbetreuung. Außerdem wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement ausgeweitet, sodass zum einen eine schnellere Bearbeitung der BEM-Verfahren und zum anderen eine Steigerung der präventiven Angebote zur Verbesserung der Gesundheit der Mitarbeitenden erfolgen konnte.

10.3.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Stellenbewertungen

10.3.1.

Nach welchen Verfahren und Kriterien erfolgt die Bewertung bzw. Höhergruppierung von Stellen? In der Anlage 1 wird häufig nur die Erläuterung Stellenumwertung gegeben. Bitte erläutern Sie die Anpassungen einmal explizit für die Bereiche Personal und Organisation, Kultur und Finanzen.

Stellungnahme:

Grundsätzliche Erläuterungen:

Die Bewertung von Beamtenstellen erfolgt nach der analytischen Dienstpostenbewertung nach dem KGSt-Modell. Hierbei sind Punktwerte zu verschiedenen Bewertungskriterien zu vergeben, die in Summe einen Stellenwert ergeben.

Die Bewertung von tariflich Beschäftigten wird anhand des im TVöD vorgegebenen summarischen Verfahrens vorgenommen. Die entsprechenden Arbeitsvorgänge sind anhand der hier vorgegebenen Tatbestandsmerkmale zu prüfen. Wenn hierbei die angegebenen Zeitanteile erfüllt werden, ist eine Bewertung in die jeweiligen Entgeltgruppen möglich. Die Entgeltgruppen bauen jeweils aufeinander auf, demnach ist bspw. keine Eingruppierung in die Entgeltgruppe E10 möglich, wenn die Voraussetzungen für die Entgeltgruppe E9c nicht erfüllt sind.

Anders als im Beamtenrecht sind Beschäftigte gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 TVöD in der Entgeltgruppe eingruppiert, deren Tätigkeitsmerkmale den gesamten von ihnen nicht nur vorübergehend auszuübenden Tätigkeiten entspricht. Sind die tariflichen Voraussetzungen eines Tätigkeitsmerkmals der Anlage 1 zum TVöD – Entgeltordnung (VKA) erfüllt, sind Beschäftigte unmittelbar in die Entgeltgruppe eingruppiert, der dieses Tätigkeitsmerkmal zugeordnet ist. Es bedarf dazu keines Eingruppierungsaktes durch den Arbeitgeber, dies ist von der Tarifautomatik abgedeckt.

Für einige Bereiche im TVöD gibt es gesonderte Eingruppierungsvorschriften, die eindeutige Zuordnungen treffen. Dies ist z.B. bei der Musikschule der Fall, wo die Bewertung der Leitung von den Unterrichtsstunden der Musikschule abhängig ist. Die gewerblichen Stellen (ehem. Arbeiter des BMT-G) unterliegen dem Eingruppierungsverzeichnis nach § 11 TVöD-NRW Teil A. Hier sind ebenfalls klare Zuordnungen zwischen Entgeltgruppe und Tätigkeit vorhanden.

Neben diesen grundsätzlichen Vorgaben bei der Stellenbewertung ist die Thematik z.B. auch durch Gerichtsurteile oder Anpassungen in den Tarifverträgen immer wieder im Fluss und führt zu Anpassungsbedarfen.

Eine Stellenbewertung muss im Rahmen der o.g. Maßgaben erfolgen, da die Mitarbeitenden gegen ihre Eingruppierung zunächst vor dem Arbeitsgericht (Beschäftigte) bzw. Verwaltungsgericht (Beamte) klagen können.

Erläuterungen im Detail:

Im Fachbereich 11 sind beispielsweise sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich Stellenwertänderungen aufgrund qualitativer Aufgabenveränderungen erfolgt.

Bei den Stellen im Bereich des Personalservice wurden die Tätigkeitsmerkmale für eine Höherbewertung bei den neuen Arbeitsvorgängen erfüllt, sodass die Stellen anzupassen waren.

Dies ist auch im FB 18 und dem FB 20 der Fall. Darüber hinaus wurde im Bereich der Anlagenbuchhaltung und des Jahresabschlusses die Bewertungsstruktur durch die Umschichtung von Aufgaben verändert. Hier wurden die höherwertigen Aufgaben auf drei Planstellen gebündelt, sodass für diese eine höhere Ausweisung erforderlich war. Den übrigen Planstellen wurden die niedrighwelligeren Tätigkeiten zugeordnet, sodass diese abgewertet werden konnten.

10.3.2.

Welche Bewertungsrichtlinien oder -systeme werden konkret angewandt (z. B. interne Stellenbewertung, TVöD-Vergleich)?

Stellungnahme:

Siehe Antwort zu 10.3.1. Darüber hinaus werden auch intra- und interkommunale Vergleiche herangezogen. Des Weiteren steht – insbesondere bei besonderen Fragestellungen – auch der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) als Beratungsorgan zur Verfügung.

10.3.3.

Wie wird eine Gleichbehandlung über Fachbereiche hinweg sichergestellt?

Stellungnahme:

Für sämtliche Bereiche werden dieselben Bewertungsverfahren herangezogen. Wie unter 10.3.1 und 10.3.2 bereits erläutert, werden darüber hinaus intra- und interkommunale Vergleiche herangezogen, damit das Stellenwertgefüge insgesamt stimmig bleibt.

10.4.

Wie wird das neue Vakanzcontrolling (Seite 6, Abschnitt „Vakanzcontrolling“) ab 2025 konkret ausgestaltet? Welche Kennzahlen werden regelmäßig erhoben? Welche Steuerungseffekte erwartet die Verwaltung daraus? Und in welcher Form wird der Rat über die Ergebnisse informiert?

Stellungnahme:

Im Gegensatz zum bisherigen WBS-Controlling werden die tatsächlichen Vakanzzeiträume und die hieraus generierten Einsparungen erhoben. Als Enddatum für die jeweiligen Vakanzen wird hier nicht länger der Freigabezeitpunkt zur Wiederbesetzung, sondern das tatsächliche Einstellungsdatum von neuen Mitarbeitenden festgelegt. Auch die Vakanzen in Bereichen, die von der bisherigen Wiederbesetzungssperre ausgenommen waren (bspw. Einsatzdienst der Feuerwehr und ASD), werden mit diesem neuen Verfahren mit einbezogen. Zudem sollen auch planbare Abwesenheiten durch Elternzeiten oder Beurlaubungen, für die keine Elternzeitvertretung eingestellt werden, erhoben werden. Hierdurch können belastbare Einsparsummen durch die bestehenden Vakanzen im Controlling nachgehalten werden.

10.5.

Stellen sie bitte dar, wie viele Personalstellen des Stellenplans aktuell nicht besetzt sind. Führen Sie diese bitte getrennt nach Laufbahn, bzw. Tarifangestellt getrennt und nach Fachbereich zugeordnet auf.

Stellungnahme:

Hierzu wird auf die Anlage 5 – „Auswertung Vakanzen“ verwiesen. Es ist zu beachten, dass für diese noch die Soll-Stellen 2024 maßgeblich waren, da die Maßnahmen aus der Stellenplanvorlage 2025 aufgrund des noch nicht erfolgten Beschlusses zum Haushalt noch nicht final sind.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass die Anzahl der vakanten Planstellen im Fachbereich 11 nicht vollkommen aussagekräftig ist. Dies liegt daran, dass dem Fachbereich 11 auch Planstellen in der Gesamtverwaltung – z.B. für Beamt*innen in der Probezeit oder Mitarbeitende in Ausgliederungen – zugeordnet sind. Nur im Fachbereich Personal und Organisation sind insgesamt 8,99 Stellen vakant.

Weiterhin ist festzuhalten, dass temporäre Abwesenheiten – wie beispielsweise Elternzeiten oder Langzeiterkrankungen – nicht berücksichtigt sind, da die Mitarbeitenden in diesen Fällen weiterhin auf ihren Planstellen verbleiben. Zudem kann es bei den Unterschieden bei den Tarif- und Beamtenstellen laufend zu

Verschiebungen kommen, da die Planstellen in der Regel sowohl für Beamte, als auch für tariflich Beschäftigte ausgeschrieben werden.

10.6.

Bitte führen Sie aus bzw. stellen Sie dar, wie sich die Krankheitsausfälle 2024 und 2025 (unter 45-Tagen/über 45-Tagen) auf die verschiedenen Fachbereiche verteilen.

Stellungnahme:

Für die Auswertung wird auf die Anlage 6 – „Krankenquoten“ verwiesen.

Die Auswertung gibt anstelle der absoluten Tage die für diese Frage aussagekräftigere Krankenquote aus 2024 wieder.

10.7.

Bitte stellen Sie die Fluktuationen von Personal nach Fachbereichen getrennt dar. In welchen Fachbereichen ist die Fluktuationsquote besonders hoch?

Stellungnahme:

Für die Auswertung wird auf die Anlage 7 – „Fluktuation“ verwiesen.

11.

Auftrag PD

11.1. Wie lautet der konkrete Auftrag an die PD? Welche Zielgrößen wurden vereinbart?

Stellungnahme:

Die übergeordnete Zielsetzung ist die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Auftraggeberin vor dem Hintergrund der benannten und verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen und des sich abzeichnenden demografischen Wandels einhergehend mit dem Fachkräftemangel. Hinsichtlich des demografischen Wandels ist davon auszugehen, dass zukünftig nicht mehr jede Planstelle nachbesetzt werden kann und somit das Aufgabenportfolio kritisch hinterfragt werden muss. Die Produktkritik ist hierfür ein wichtiger Bestandteil und die konkrete Aufgabenstellung für diesen Auftrag. Entsprechend liegt der Fokus darauf, die Zweckmäßigkeit des verwaltungsweiten Leistungsportfolios im Sinne der Produktkritik zu überprüfen und quantitative Konsolidierungsergebnisse zu erreichen. Damit sind folgende zentrale Zielsetzungen verbunden:

- Priorisierung der Produkte inkl. Empfehlung zu weiter zu betrachtenden Bereichen im Rahmen der Vollzugskritik;
- Kategorisierung der zukünftigen Leistungserbringung der Produkte (Unveränderte Leistungserfüllung, reduzierte Leistungserfüllung, vollständiger Leistungsverzicht);
- Darstellung der finanziellen Konsolidierungsergebnisse in Euro.

Das Projekt findet im Rahmen der Haushaltssicherung statt. Daher ist eine Aufwandsreduzierung insbesondere im Personalbereich klare Vorgabe und

Projektziel. Bereits im Haushaltsplan 2026 sollen erste konkrete Maßnahmen (sog. „Quick Wins“) Berücksichtigung finden.

Der PD ist die Lage bekannt und somit geht es bei der Beauftragung darum, möglichst alle Einsparpotenziale aufzudecken. Dies ist aber auch von der abschließenden Beschlussfassung abhängig.

Die Umsetzung des Ratsbeschlusses 2024/3145 führt zu einem Veränderungsprozess bei der Auftraggeberin. Dieser wird durch die Auftragnehmerin zur angemessenen Beteiligung der Mitarbeitenden unterstützt.

11.2.

Welche Materialien hat die PD zur Bearbeitung erhalten? Werden die HSK-Maßnahmen durch die PD bewertet?

Stellungnahme:

Der PD werden im Rahmen der Untersuchung vielschichtige Unterlagen zur Verfügung gestellt, z.B.

- Finanzunterlagen,
- Personalbericht,
- Fluktuationsanalysen,
- Stellenplanbuch – anonymisiert,
- Beschlüsse des Rates,
- Haushaltsunterlagen.

Eine Bewertung der HSK-Unterlagen findet insofern in Bezug auf den Auftragsinhalt statt. Für weitergehende Bewertungen ist der Auftrag an die PD ggf. zu erweitern.

12.

Bitte führen Sie für jedes Dezernat aus, wie viel Budget in den Jahren 2023 und 2024 für externe Gutachten eingesetzt wurde.

Stellungnahme:

Die Auswertungen für die Jahre 2023 und 2024 wurden über das Warengruppendsystem erstellt.

Die Ergebnisse können den beigefügten Excel-Tabellen (Anlagen 7 und 8) entnommen werden.

13.

Exemplarisch möchten wir das Thema Digitalisierung herausgreifen. Hierzu wurde mit dem Fachbereich 04 ein eigener Fachbereich geschaffen. Gleichzeitig soll es bei den Dezernaten aber weitere Mitarbeiter*innen geben, die sich um IT-Technik und Digitalisierung kümmern.

13.1.

Wir bitten um eine Einschätzung zur Effektivität? Wie wird die Doppelstruktur ggf. abgebaut? Welche Einsparung ist hierbei zu erwarten? Wie viele Stellen

(neu und insgesamt) sind aktuell und mittelfristig im Digitalbereich vorgesehen?

Stellungnahme:

Die Stadtverwaltung hat das dezentrale KGSt Rollenmodell angelegt und neben dem Fachbereich 04 den Dezernaten und Fachbereichen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt. Im Zuge der angestrebten Reorganisation, verbunden mit der Verlagerung des Fachbereichs 04 in das Dezernat I, wird das nun gemeinsam überprüft.

Doppelstrukturen müssen überprüft werden. Die Zukunftsprognose muss in 2025 ff. entwickelt werden.

13.2.

Ist dieser Bereich unter der HSK Maßnahme 60008 zu verstehen?

Stellungnahme:

Die HSK-Maßnahme 60008/Reduzierung IT-Kosten durch Wegfall Personalstellen korreliert mit der Maßnahme 60005/Reduzierung von Personalaufwendungen. Den Einsparsummen der Maßnahme 60005 liegt in jedem Jahr eine Anzahl an wegfällenden Stellen/VZÄ zugrunde. Mit Wegfall dieser Stellen entfallen auch die IT-Kosten dieser Stellen. Somit ergeben sich die jährlichen Einsparsummen der Maßnahme 60008 aus den im jeweiligen Jahr eingesparten/einzusparenden Stellen gemäß Maßnahme 60005 multipliziert mit der IT-Kostenpauschale je Arbeitsplatz i.H.v. 6.845 Euro (lt. gpa.NRW).

Die einzusparenden Stellen gemäß Maßnahme 60005 erstrecken sich über den gesamten Personalkörper der Stadtverwaltung und somit nicht nur auf den Bereich Digitalisierung.

13.3.

Wie würde aus Sicht des Fachbereichs 04 die ideale Digitalisierungsstrategie der Stadtverwaltung aussehen.

Stellungnahme:

Eine ideale Digitalisierungsstrategie gibt der Vielzahl von Projekten und Aufgaben einen Rahmen, damit diese auf ein gemeinsames Ziel einzahlen. Dieses Ziel sollte in der Digitalisierungsstrategie in einer Vision münden, die an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürger kommuniziert werden kann.

Die digitale Transformation stellt die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen als Kundinnen und Kunden der Stadtverwaltung in den Mittelpunkt. Ihre Bedarfe an digitalen Dienstleistungen sollten die inhaltliche Ausrichtung und Priorisierung der Strategie bestimmen. Digitale Angebote sind so zu gestalten, dass sie niedrigschwellig, nutzerfreundlich und medienbruchfrei zugänglich sind.

Digitalisierung darf dabei nicht als isoliertes Technikprojekt verstanden werden. Vielmehr muss deutlich werden, dass die digitale Transformation nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie als umfassende Modernisierung der Verwaltung gedacht wird.

Digitale Technologien entfalten ihr volles Potenzial nur dann, wenn auch Strukturen, Prozesse und Denkweisen weiterentwickelt werden. Die Mitarbeitenden sind zentrale Akteure dieses Wandels. Ihre Qualifizierung, aktive Beteiligung und die Weiterentwicklung einer digitalen Verwaltungskultur müssen daher integraler Bestandteil der Strategie sein.

Die Digitalisierungsstrategie sollte daher die gesamte Organisation in den Blick nehmen und die digitale Transformation als gemeinsame Aufgabe der gesamten Verwaltung begreifen. Dazu gehört auch, klare Arbeitspakete und Verantwortlichkeiten für die Umsetzung zu benennen.

13.4.

Wie bewertet die Verwaltung den aktuellen Stellenbestand im Bereich Digitalisierung im Verhältnis zum stadtweiten Digitalisierungsbedarf?

Stellungnahme:

Der Stellenbestand muss reduziert und gebündelt werden. Die Fachbereiche müssen Digitalisierung als systemimmanenten Bestandteil der Aufgabenerledigung auffassen. Digitalisierung muss noch mehr als aktuell als eine gemeinsame Zukunftsaufgabe implementiert werden, um die notwendigen Effekte für die Haushaltskonsolidierung zu erzielen.

13.5.

Welche konkreten Effizienzsteigerungen werden durch die Digitalisierung in der Verwaltung (TUI-Budget) erwartet?

Stellungnahme:

Bezogen auf das TUI-Budget und den damit verbundenen Mitteleinsatz führt eine fortschreitende Digitalisierung durch die Notwendigkeit von passgenauer und aufgabenorientierter IT-Ausrüstung für die Mitarbeitenden und notwendiger Mittel für Projektumsetzungen eher zu höheren Aufwänden. Das TUI-Budget ist hier als ein Treibstoff für die Digitalisierung zu verstehen. Nichtsdestoweniger können auch in diesem Bereich Effizienzsteigerungen erzielt werden. Durch Verknüpfung bzw. teilweise noch nötige Erhebung von Daten kann z. B. ein professionelleres Lizenzmanagement für eingesetzte Software aufgebaut werden, um hier den finanziellen Ressourceneinsatz zu optimieren. Daneben soll eine angemessene und aufgabenorientierte Standardisierung der IT-Ausrüstung dazu führen, Arbeitsprozesse in digitaler Form zügig erledigen zu können. Hierbei sollen die ausgewählten Spezifikationen eine möglichst lange Nutzungsdauer ermöglichen, um die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu erhöhen. Hierzu zählt bspw. auch die HSK-Maßnahme Nr. 20001 „2in1-Notebooks“. Diese steht beispielhaft dafür, dass historisch bedingte Entscheidungen für Ausrüstungen regelmäßig evaluiert werden. Der inzwischen vollzogene technische Fortschritt ermöglicht durch potentere Ausrüstung eine gesteigerte Kosteneffizienz.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Automatisierung kann zukünftig im günstigsten Fall dazu führen, IT-Ausrüstung in Teilen oder komplett einzusparen. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Die weitaus größeren Effizienzsteigerungen werden durch die Digitalisierung jedoch außerhalb des TUI-Budgets erfolgen. Das Dokumentenmanagementsystem und kollaborative Anwendungen werden zunehmend orts- und zeitunabhängige Aufgabenerledigung ermöglichen. Durch Mobile Arbeit und Desksharing können raum-, mobilitäts- und energiebezogene Kosten gesenkt werden. Schließlich werden Automatisierung und Künstliche Intelligenz dazu beitragen, Prozesse zu beschleunigen und den Personalaufwand zu reduzieren. Durch eine strategische Herangehensweise und die Berücksichtigung der Herausforderungen können die Vorteile der Digitalisierung optimal genutzt werden, um eine moderne und bürgernahe Verwaltung zu gestalten (s.a. Frage 13.3).

14. Investitionen und Zukunftssicherung

14.1. Bitte führen Sie für die Jahre 2022, 2023 und 2024 auf wie viel des Investitionsvolumen im Dezernat V verbaut werden konnte.

Stellungnahme:

Es wird auf die Anlage 9 – „Investitionen“ verwiesen.

14.2. Wie schätzt die Verwaltung die Situation ein, ob die geplanten 105 Millionen Euro investiv im Jahr 2025 tatsächlich abfließen?

Stellungnahme:

Stand 30.06.2025 Mittelabfluss investiv 37.000.000,- €,

Bis Ende 2025 werden nach derzeitigem Stand davon weitere 40.000.000,- € abfließen.

Insgesamt wird ein Abfluss in Höhe von ca. 77.000.000,- € erwartet. Darüber hinaus sind systembedingt für den Zeitraum der Bauausführung von Auftragsvergabe bis Rechnungsstellung entsprechende Mittel als Bestellungen gebunden.

14.3. Bezogen auf die gesamten Schulbaumaßnahmen (Neubau und Sanierung ohne Bestandsbetriebs- und Bestandsinstandsetzungskosten), welche Summen hat die Bauverwaltung in den Jahren 2022 / 2023 /2024 tatsächlich verbaut? Welche Summe war jeweils zu Beginn des Jahres eingeplant? Erstellen Sie bitte eine Gegenüberstellung von Plan- zu Istkosten. Gern aufgeteilt nach den KGR der DIN 277 auf 100-Ebene bezogen.

Stellungnahme:

Der Plan-Ist-Vergleich für die Schulbauinvestitionen beim Fachbereich Hochbau stellt sich wie folgt dar.

Jahr	Originalbudget	Ermächtigungs-- übertragungen	Zahlungen	Offene Bestellungen lfd. Jahr
2022	21.007.500 €	33.992.483 €	24.163.541 €	rd. 75. Mio. €
2023	41.447.400 €	46.938.984 €	24.543.439 €	rd. 45. Mio €
2024	64.580.000 €	46.860.116 €	41.137.825 €	rd. 50 Mio. €

Eine Aufteilung nach Kostengruppen gem. DIN 276 würde voraussetzen, dass jede vorliegende Rechnung entsprechend aufgeteilt und zugeordnet werden müsste. Der Arbeitsaufwand würde mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Die sehr hohen offenen Bestellungen im Jahr 2022 ergeben sich durch die Tatsache, dass die Schäden aus der Flut im Jahr 2022 im investiven Haushalt veranschlagt werden mussten. Alleine für die Theodor Heuss Realschule waren über 8,5 Mio.€ als investive Bestellungen bereits vergeben. Ohne entsprechende vorherige Planung ist unterjährig eine Bereitstellung bzw. Veranschlagung über mehrere Jahre nicht möglich.

14.4.

Wieviel Mitarbeiter allein bei der Gebäudewirtschaft sind mit dem Bau und Sanierung von Schulen beschäftigt?

Stellungnahme:

Eine personenscharfe Abgrenzung ist nicht möglich. Grundsätzlich ist der überwiegende Teil der Mitarbeitenden des Fachbereiches 65 in alle Maßnahmen zu verschiedenen Themen (z. B. Planung, Bauleitung, TGA, Ausschreibung, Rechnungswesen) involviert. Die Einbindung erfolgt jedoch aufgabenbedingt in unterschiedlicher Tiefe und mit unterschiedlichen Zeitanteilen.

14.5.

Welche Kriterien legt die Verwaltung bei der Auswahl von Investitionsprojekten in Zeiten massiver Verschuldung zugrunde?

Stellungnahme:

Neben rein baufachlichen Aspekten spielen auch inhaltliche Gesichtspunkte der betroffenen Fachbereiche eine große Rolle bei der Planung und Priorisierung von Investitionen. Zum Beispiel werden die Schulmaßnahmen anhand des fortgeschriebenen Sachstandsberichtes bewertet, der den aktuellen Stand der Maßnahmen der Schulentwicklung und Instandhaltung widerspiegelt. Dieser Bericht wird regelmäßig der Politik vorgelegt (2023/2624). Außerdem werden Maßnahmen, die eine hohe Förderung erhalten, bevorzugt berücksichtigt, um die Ressourcen effizient zu nutzen.

14.6.

Wir bitten um Erläuterung, warum keinerlei Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen im Baudezernat durchgeführt werden.

Stellungnahme:

Bei Baubeschlussvorlagen werden die Folgekosten der jeweiligen Maßnahme im Bereich der finanziellen Auswirkungen dargestellt, um die langfristigen Kosten im Blick zu behalten. Hier wird unter anderem dem § 13 II KomHVO Rechnung getragen, der bei einer Einzelveranschlagung die Kostenberechnung voraussetzt. Zusätzlich werden zunehmend Kostenvergleichsrechnungen, die von den Fachbereichen gefertigt werden, zur Verfügung gestellt. Besonders im Bereich Schulen haben sich in der Vergangenheit jedoch auch andere Prioritäten (z.B. Klimaschutz und Nachhaltigkeit) neben den reinen Kosten in den Vordergrund geschoben. Diese Aspekte sind wichtig, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen nicht nur wirtschaftlich sinnvoll sind, sondern pädagogisch und ökologisch zukunftsorientiert gestaltet werden.

Auch wird im Hinblick der gpa-Untersuchung mit der Empfehlung an die Stadt Leverkusen, sich Regelungen für ein Bauinvestitionscontrolling zu geben, ein gesamtstädtisches Konzept durch die Dezernate II, IV und V erarbeitet.

Dezernat Oberbürgermeister i.V.m. Dezernat Finanzen und Digitalisierung und
Dezernat Planen und Bauen

Anlagen 1 bis 9

18.08.2025

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung					

Eigentum

Adalbert-Stifter-Straße 10	Kindergarten	522	17.066,21	8.034,76	257,87	4.988,13	656,61	238,16	60,61	1.942,79	0,00	0,00	58,56	0,00	828,72		17.066,21		2,72	
Adalbert-Stifter-Straße 12	Kindergarten	243	1.275,03					259,29	251,90	38,28	725,56						1.500,00	-224,97	-0,08	
Adolfstraße 103	LAGA Ausstellung	458	23.852,41	6.033,10		14.389,44	580,50		31,90	1.794,79	825,38				197,30		6.000,00	17.852,41	3,25	
Alkenrather Straße 25	Bürgerhaus	703	874,21					874,21									6,00	868,21	0,10	
Am Plattenbusch 89	Whg. Flüchtlinge	247	19.868,25	11.049,72		5.752,22	125,13	1.465,60	226,49	725,56	387,53	71,14			64,86			19.868,25	6,70	
Am Reuschenberger Busch 6	Wohnung	262	1.929,10					309,15		203,89	109,65	115,10			1.191,31		7.717,56	-5.788,46	-1,84	
Am Scherfenbrand	Friedhof	327	11.611,36	4.578,09	2.276,09		1.919,52	229,00	899,58	203,89			916,71		588,48			11.611,36	2,96	
Am Stadtpark 23	Realschule	18.688	479.380,92	63.611,26	5.707,81	150.338,17	24.179,76	6.002,09	1.231,34	24.522,61	114,68	64,75	3.234,82	160.145,51	40.228,12			479.380,92	2,14	
Am Stadtpark 27	Dienstwohnung	288	3.241,97		25,28					203,89	114,68	64,75			2.833,37			3.241,97	0,94	
Am Stadtpark 46	Kindergarten	934	35.476,09	4.526,00	542,30	7.308,71	0,00	515,25	363,66	3.217,99	0,00	0,00	307,02	17.587,14	1.108,02			35.476,09	3,17	
Am Stadtpark 48	Dienstwohnung	236	668,25		25,28					203,89	114,68	64,75			259,65			668,25	0,24	
Am Stadtpark 50	Gymnasium	19.200	488.755,56	86.441,36	4.614,49	121.896,16	24.733,17	5.507,45	1.904,43	19.157,94	0,00	0,00	8.065,34	179.823,77	36.611,45			488.755,56	2,12	
Am Steinberg 21	Feuerwache	951	40.856,14	12.901,81	622,59	10.518,02		233,58	200,97	3.217,99			307,02	7.435,08	5.419,08			40.856,14	3,58	
Am Telegraf 8	Kindergarten	423	27.096,08	5.147,52	412,77	5.520,11	815,28	352,66	89,32	2.261,59	0,00	106,39	307,02	10.314,30	1.769,12			27.096,08	5,34	
An der Dingbank 16	Kindergarten	624	31.558,44	5.217,89	180,51	4.557,92	1.447,38	439,68	102,08	3.217,99	0,00	0,00	307,02	13.106,74	2.981,23			31.558,44	4,21	
Atzenbacher Straße 8	Feuerwehr	946	18.715,81	5.837,41	81,08	8.462,04	1.486,08	43,51	433,84	725,56	0,00	119,64	0,00	415,01	1.111,64			18.715,81	1,65	
Auf dem End 14a	Abriß, nur Grundstück	0	307,62										307,62					307,62	0,00	
Auf dem Weierberg 11	Friedhof	582	14.764,13	4.578,09	2.276,09		1.919,52	229,00	899,58	203,89			916,71	3.152,77	588,48			14.764,13	2,11	
Auf der Grieße 5	Feuerwehr	936	44.624,08	7.533,20	200,31	29.648,20	2.812,20	52,67	130,79	2.261,59		65,72		104,49	1.814,91			44.624,08	3,97	
Bahnhofstraße 9	Bunker	1.769	197,30												197,30		262,50	-65,20	0,00	
Bergische Landstraße 28	Bürgerhaus	786	6.754,54					397,32	174,04	108,46	3.217,99				2.856,73		29.702,88	-22.948,34	-2,43	
Bergische Landstraße 82b	Verwaltungsgebäude	1.156	82.779,86	6.914,66	585,96	31.310,87	646,29	716,77	370,04	3.217,99		173,22	362,36	33.427,84	5.053,86			82.779,86	60,84	5,97
Bergische Landstraße 101	Grundschule	2.082	56.773,47	7.619,54	1.197,51	21.191,30	2.316,84	1.591,55	430,65	3.217,99	0,00	75,71	326,36	12.555,91	6.250,11			56.773,47	2,27	
Brandenburger Straße 26	Grundschule	3.635	228.388,59	21.394,60	2.409,01	114.544,37	6.869,25	1.177,06	283,91	4.348,27	0,00	67,14	362,36	67.856,87	9.075,75			228.388,59	5,24	

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon											Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF	
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung						Wartung
Brandenburger Straße 26a	Dienstwohnung	222	2.137,68	1.221,59	227,64		168,99	151,14		30,00	293,10				45,22		8.351,88	-6.214,20		-2,33
Bruchhauser Straße 17	Friedhof	185	22.238,98	14.437,79	1.389,73		629,52	45,80	864,49	203,89			284,86	3.565,66	817,24			22.238,98		10,02
Bruder-Bonhoeffer-Straße 1	Grundschule	3.571	160.334,06	20.724,22	-871,48	42.525,78	7.156,92	4.623,51	638,00	9.971,75	218,33	367,30	3.252,07	56.577,50	15.150,16			160.334,06		3,74
Bruder-Bonhoeffer-Straße 3	Dienstwohnung	128	1.513,09		305,15		95,46	249,61		377,78	218,33	214,99			51,77			1.513,09		0,98
Burgweg 38	Grundschule	3.160	194.235,22	24.185,78	2.633,55	83.254,29	8.421,12	1.417,51	724,13	10.449,14	228,15	182,29	234,24	49.997,96	12.507,06			194.235,22		5,12
Burscheider Straße 62	Friedhof	161	10.839,57	748,29	474,00	2.418,90	935,25	18,32	519,97	203,89		104,22	468,48	3.350,83	1.597,42			10.839,57		5,60
Carl-Maria-von-Weber-Platz 3	Grundschule	5.323	173.237,31	38.274,57	2.445,24	45.039,05	4.464,69	2.104,51	883,63	6.405,98	0,00	0,00	234,24	57.178,66	16.206,74			173.237,31		2,71
Deichtorstraße 1b	Kindergarten	1.103	54.559,51	6.915,81	708,35	6.999,72	1.425,45	1.110,65	223,30	3.217,99	4.752,53	0,00	422,46	20.437,47	8.345,78			54.559,51		4,12
Deichtorstraße 2	Gesamtschule	22.929	658.283,58	135.787,16	2.716,07	83.289,82	32.219,04	4.625,80	1.451,45	35.097,89	0,00	0,00	4.147,32	234.071,52	124.877,51			658.283,58		2,39
Dhünnberg 38	Kindergarten	389	17.682,21	7.348,25	370,24	0,00	0,00	412,20	0,00	2.261,59	0,00	0,00	0,00	6.710,67	579,26			17.682,21		3,79
Dhünnberg 40	Flüchtlingsunterkunft	7.236	206.368,66	149.726,99		3.050,44				41.050,59		331,78	50,62		12.158,24	1.214.450,81	2.737.601,83	-1.316.782,36		-15,16
Dhünnstraße 12	Dienstwohnung	245	4.657,00			3.351,04				362,78	444,68	82,76		415,74				4.657,00		1,59
Dhünnstraße 12 a und c	Kindergarten	2.124	78.384,33	3.744,05	270,00	59.664,41	5.744,37	1.222,86	312,62	3.202,99			614,04	3.608,99				78.384,33		3,08
Dhünnstraße 12b und d	Jugendhaus	1.161	9.592,98											7.343,71	2.249,27			9.592,98		0,69
Dönhoffstraße 94	Grundschule	4.790	170.496,29	31.583,84	3.794,99	35.819,06	7.983,52	1.969,40	1.850,20	9.593,37	0,00	0,00	362,36	69.059,18	8.480,37			170.496,29		2,97
Düsseldorfer Straße 153	sonstige Gebäude	1.719	19.389,89	615,67	266,20	16.083,83	1.798,26		162,69	30,00		120,98			312,26			19.389,89		0,94
Elbestraße 21	Kindergarten	1.722	65.339,21	7.521,97	1.298,65	7.433,09	1.394,49	1.451,86	0,00	6.405,98	0,00	0,00	596,60	36.466,21	2.770,36			65.339,21		3,16
Elbestraße 21a	VHS	900	1.945,76												1.945,76		67.524,36	-65.578,60		-6,07
Elbestraße 23	Beratungsstelle	419	55.093,47	5.646,49		8.091,00	478,59			3.855,58			11.392,04	25.629,77				55.093,47		10,95
Elbestraße 25	Gesamtschule	7.182	228.602,96	30.583,08	1.865,09	75.136,62	15.249,09	130,53	1.170,73	16.334,17	0,00	0,00	394,92	62.564,38	25.174,35			228.602,96		2,65
Elisabeth-von-Thadden-Str. 16a	Förderschule	3.509	115.474,19	22.131,25	1.747,00	31.373,80	8.424,99	1.259,50	513,59	13.557,98	0,00	230,17	5.277,03	17.204,88	13.754,00			115.474,19		2,74
Engelbertstraße 10	Kindergarten	883	44.043,80	5.388,10	746,18	7.429,81	1.081,86	383,69	70,34	8.318,77	0,00	132,54	307,02	18.369,19	1.816,30			44.043,80		4,16
Engelbertstraße 10	Flüchtlingsunterkunft	327	11.025,26	4.008,46	-210,00	2.036,05				4.609,11	171,83	102,79	307,02					11.025,26		2,81
Engelbertstraße 10	Gerätehaus 653	78	221,23	199,34	-10,40					2,29								221,23		0,24
Europa-Allee 30	Fahrradparkhaus	890	2.417,10											2.417,10				2.417,10		0,23

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung					
Felderstraße 160	Container Schulauslagerung	1.813	57.368,22	10.548,41	159,16	15.517,43	0,00	77,86	159,50	9.680,35	0,00	0,00	372,60	20.852,91	0,00	473.310,00		530.678,22		24,39
Feldsiefer Weg 28a	sonstige Gebäude		342,81	1,98	340,83													342,81		
Fontanestraße 2	Grundschule	3.436	158.410,09	14.541,07	1.903,17	32.255,92	8.187,63	1.557,20	622,05	11.825,56	0,00	0,00	4.270,08	64.374,32	18.873,09			158.410,09		3,84
Friedrich-Ebert-Straße	City C	0											46.322,12	495,77		30.518,00		30.518,00		
Friedrich-Ebert-Platz 3	Stadtbibliothek	4.563	73.166,77	31.915,51	2.329,81	23.673,60	1.769,88	332,05		2.278,50					10.867,42			73.166,77		1,34
Friesenweg 11	Friedhof	447	21.266,48	1.396,64	3.245,05	6.920,90	615,33	109,92	1.020,58	30,00		173,38	1.497,54	4.101,44	2.155,70			21.266,48		3,97
Friesenweg 11	Dienstwohnung	181	3.305,97	157,58			154,80	1.076,30	60,61	203,89	345,00				1.307,79			3.305,97		1,52
Friesenweg 13	Betriebshof	408	0,00															0,00		0,00
Görrestraße 11	Kindergarten	6.070	173.702,57	10.804,30	4.888,21	111.182,42	10.109,73	3.073,18	992,09				362,36	21.636,49	10.653,79			173.702,57		2,38
Görrestraße 11	Sporthalle	1.199	55.312,94	14.568,15		40.155,69								274,57	314,53			55.312,94		3,85
Görrestraße 11	Bunker	440	280,10										82,80		197,30			280,10		0,05
Haberstraße 3	Flüchtlingsunterkunft	249	10.578,02	3.074,09	328,39	4.754,28	347,01	309,15		725,56	775,95				263,59			10.578,02		3,53
Haberstraße 5	Förderschule	390	4.367,61	472,41	126,08	2.350,49	247,68	4,58		203,89					962,48			4.367,61		0,93
Hamberger Straße 12	Bürgerhaus	582	57.810,18	4.176,91	331,22	25.676,97	1.438,97	148,85	516,78	2.261,59		62,31		20.341,32	2.855,26			57.810,18		8,28
Hamberger Straße 16	Kindergarten	648	41.443,20	4.298,73	493,20	14.316,18	1.882,11	599,98	245,63	3.217,99	0,00	63,81	307,02	13.894,33	2.124,22			41.443,20		5,33
Hammerweg 48	sonstige Gebäude	1.499	226,49						226,49									226,49		0,01
Hans-Schlehahn-Straße 6	Grundschule	4.636	152.103,02	30.532,58	4.228,36	42.102,23	6.130,53	2.174,24	398,59	30,00	0,00	66,03	0,00	51.918,52	14.521,94			152.103,02		2,73
Hans-Schlehahn-Straße 6a	Kindergarten	818	44.043,80	5.388,10	746,18	7.429,81	1.081,86	383,69	70,34	8.318,77	0,00	132,54	307,02	18.369,19	1.816,30			44.043,80		4,49
Hardenbergstraße 35	Berufsschule	1.646	76.626,63	10.346,34	580,53	25.046,24	3.591,36	396,17	325,38	6.405,98	0,00	70,97	1.017,75	20.404,73	8.441,18			76.626,63		3,88
Hauptstraße 101	Verwaltungsgebäude	8.002	338.450,52	213.579,79	5.190,04	0,00	3.036,66	2.120,54	1.314,28	49,99	22.416,38	0,00	16.713,42	41.700,77	32.328,65			338.450,52	35,25	3,52
Hauptstraße 105	Verwaltungsgebäude	13.316	173.178,19	0,00	-845,35	0,00	6.492,15	1.452,54	982,52	14.520,86	61.303,58	0,00	1.587,96	59.693,89	27.990,04			173.178,19	44,99	1,08
Hauptstraße 114	sonstige Gebäude	278	6.420,02	909,76	147,86	4.187,93	252,84	32,06	267,96	203,89				335,61	82,11		5.426,40	993,62		0,30
Hauptstraße 119	Verwaltungsgebäude	6.140	168.753,59	0,00	372,33	94.934,43	762,57	1.388,04	287,10	14.520,86	28.375,50	0,00	0,00	16.745,93	11.366,83			168.753,59	38,62	2,29
Hauptstraße 133-137	Verwaltungsgebäude	6.221	158.666,24	0,00	0,00	78.782,38	1.815,97	1.395,78	874,06	10.463,42	31.737,53	38,02	631,31	20.175,44	12.752,33			158.666,24	98,75	2,13
Haus-Vorster-Straße 8	Verwaltungsgebäude	3.361	180.222,30	17.523,28	553,54	3.016,02	698,45	21.843,18	341,33	6.405,98	0,00	0,00	79.766,97	30.860,93	19.212,62		4.862,04	175.360,26	27,55	4,35

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung					
Haus-Vorster-Straße 42-48	Förderschule	6.223	255.959,94	21.536,65	1.558,96	132.623,19	7.385,25	1.447,28	682,66	5.753,76	449,63	71,02	234,24	72.371,31	11.845,99			255.959,94		3,43
Heinrich-Brüning-Straße 173	Sporthalle	1.652	126.639,50	39.299,76	4.881,35	50.946,56	4.533,06	496,93	548,68	6.435,98				16.635,16	2.862,02	2.332,40		128.971,90		6,51
Heinrich-Claes-Straße 33 - 33b	Flüchtlingsunterkunft	4.760	206.703,49	39.162,80	6.512,20	64.209,62	3.186,30	13.133,15	510,40	23.013,52				54.469,31	2.506,19	1.083.952,62		1.290.656,11		22,60
Heinrich-Lübke-Straße 36-40a	Flüchtlingsunterkunft	2.292	52.380,32	14.947,67	1.897,50	17.288,97	1.751,82	7.625,70	267,96	5.557,98					3.042,72			52.380,32		1,90
Heinrich-Lübke-Straße 140	Grundschule	8.612	376.045,13	89.604,06	0,00	121.801,50	16.957,05	2.704,49	618,86	25.533,92	0,00	0,00	509,54	104.857,36	13.458,35			376.045,13		3,64
Heinrich-Lübke-Straße 140a	Flüchtlingsunterkunft	2.046	45.263,26	44.110,63	599,46									553,17		568.715,93		613.979,19		25,00
Heinrich-Lübke-Straße 142	Kindergarten	2.112	93.740,68	18.566,66	1.315,43	9.949,02	2.463,90	1.458,73	0,00	7.101,54	0,00	119,01	0,00	43.869,58	8.896,81			93.740,68		3,70
Herder Straße 8-10	Grundschule	4.075	136.287,98	11.948,58	757,73	51.927,01	5.150,97	1.834,29	574,20	233,89	308,70	295,07	753,28	56.871,45	5.632,81	1.713,60		138.001,58		2,82
Hermann-Löns-Straße 1a	Obdachlosenunterkunft	521	42.598,98	9.026,56	887,68	9.524,30	410,22	1.543,46	267,96	15.587,17				809,21	1.970,43	2.571,99		42.598,98		6,81
Hermann-von-Helmholtz-Str. 72	Förderschule	3.664	69.264,48	12.015,75	743,14	33.275,09	7.079,52	453,42	679,47	6.405,98				284,86	108,11	8.219,14		69.264,48		1,58
Herzogstraße 16-18	Grundschule	3.074	116.318,31	20.204,28	1.661,71	22.614,08	4.357,62	1.550,33	185,02	8.361,96	0,00	161,79	362,36	47.831,07	9.028,09			116.318,31		3,15
Hitdorfer Straße 111	Feuerwache	326	15.571,30	3.385,60	162,50	7.611,14	1.754,40	20,61	350,90	377,78		65,72		75,93	1.766,72			15.571,30		3,98
Hitdorfer Straße 113	Stadthalle	1.262	8.030,78				1.772,46	657,23	111,65	725,56	1.931,33		307,20		2.525,35	1.450,08	2.500,00	6.980,86		0,46
Hitdorfer Straße 196	Bürgerhaus	597	6.815,44	-2.963,69	2.002,51	-137,44	390,87	36,64	38,28	377,78			721,14		6.349,35		9.089,52	-2.274,08		-0,32
Im Hedrichsfeld 19	Hauptschule	5.096	117.380,90	994,19	715,32	40.908,62	5.233,53	629,75	711,37	9.623,97	0,00	0,00	818,76	48.330,83	9.414,56			117.380,90		1,92
Im Kirchefeld 15	Grundschule	5.086	186.411,03	20.403,28	1.301,99	54.265,90	6.197,16	1.374,00	602,91	8.637,57	472,43	168,27	234,24	79.350,93	13.402,35			186.411,03		3,05
Im Steinfeld 41-43	Feuerwache	707	18.173,00	10.879,42	402,46	1.344,27	2.137,53	146,56	373,23	377,78		58,83		167,41	2.285,51			18.173,00		2,14
Im Steinfeld 45	Grundschule	3.765	204.698,24	36.321,38	1.393,26	33.507,35	6.063,00	1.850,32	319,00	12.781,96	0,00	198,52	23.684,41	67.597,39	20.981,65	77.223,60		281.921,84		6,24
In der Wasserkühl 3	Grundschule	2.863	125.186,07	35.554,01	1.911,91	26.609,57	5.014,23	851,88	0,00	7.073,57	0,00	131,47	362,36	40.195,20	7.481,87			125.186,07		3,64
Johannes-Dott-Straße 1	Grundschule	4.801	170.684,96	26.455,73	1.690,86	48.272,64	8.652,03	1.532,01	816,64	8.318,77	0,00	162,51	628,09	65.762,26	8.393,42			170.684,96		2,96
Karlstraße 9a	sonstige Gebäude	1.745	3.896,81		617,23		1.012,65	160,30	149,93	377,78		63,87			1.515,05		2.204,00	1.692,81		0,08
Kerschensteiner Straße 2	Grundschule	4.363	169.089,79	18.528,63	1.956,11	60.351,15	16.351,42	1.722,08	2.494,58	9.593,97	276,45	61,53	1.143,76	49.649,72	6.960,39			169.089,79		3,23
Kerschensteiner Straße 4	Jugendkunstgruppen	999	37.025,58	6.917,96	215,26	12.211,81	3.773,40	239,76	155,03	1.921,79				11.299,02	291,55			37.025,58		3,09
Kerschensteiner Straße 6	Kindergarten	760	29.261,90	5.218,82	172,21	9.280,98	2.830,05	191,81	124,03	1.537,44	0,00	0,00	0,00	9.644,05	262,51			29.261,90		3,21
Kerschensteiner Straße 8	sonstige Gebäude	239	7.750,84	609,52	57,40	2.930,84	943,35	63,94	25,84	512,48				2.607,47			3.072,00	4.678,84		1,63

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung					
Kerschensteiner Straße 10 und 16	Berufsschule	2.011	72.097,39	9.471,54	812,53	24.423,63	7.546,81	482,32	196,38	2.434,27	0,00	0,00	362,36	23.518,29	2.849,26		72.097,39		2,99	
Kerschensteiner Straße 12	Dienstwohnung	160	731,14							203,89	276,45	61,53		189,27			731,14		0,38	
Kerschensteiner Straße 14	sonstige Gebäude	127	0,00														0,00		0,00	
Kölner Straße 33a	Gewerbe	152	6.804,12				288,96	641,20	1.279,25	3.304,93	1.289,78						6.804,12		3,72	
Kolberger Straße 20	Jugendhaus	671	25.801,62	5.127,43	243,70	496,34	642,42	18,32	200,97	1.421,12			1.453,02	9.166,33	7.031,97		25.801,62		3,20	
Kolberger Straße 22	Wohnhaus	125	3.367,53	334,09	265,32		527,61	272,51		30,00	1.938,00						3.367,53		2,24	
Kolberger Straße 95a	Jugendhaus	689	33.172,54	3.695,17	254,71	1.976,98	1.219,05	128,24		3.217,99		64,06	307,02	12.653,67	9.655,65		33.172,54		4,01	
Kurt-Schumacher-Ring 196	Dienstwohnung	180	1.958,83		383,45		90,30	286,25	41,47	203,89	684,98	128,41		88,31	51,77	906,78	2.865,61		1,33	
Landrat-Trimborn-Platz 1	Verwaltungsgebäude	3.598	52.634,92	191,97	301,00	29.279,37	3.259,83	313,73	727,32	3.247,99	0,00	0,00	1.314,36	11.510,57	2.488,78		52.634,92	327,09	1,22	
Lohrstraße 85-87	Grundschule	6.844	228.007,47	31.579,59	1.368,77	76.853,85	7.145,31	1.305,30	555,06	8.637,57	0,00	201,58	362,36	84.271,27	15.726,81		228.007,47		2,78	
Lützenkirchener Straße 316a	Feuerwehr	794	24.544,78	3.479,12	111,32	11.116,43	1.646,04	52,67	140,36	1.073,34				3.505,56	3.419,94		24.544,78		2,58	
Manforter Straße 142	Wohnhaus Flüchtlinge	915	49.780,62	16.785,17	1.719,85	7.978,64	281,22	2.841,89	31,90	6.405,98	2.959,43			9.851,75	924,79		49.780,62		4,54	
Manforter Straße 182	Friedhof	1.210	45.637,44	7.725,24	2.624,56	11.916,43	4.053,18	6.068,50	1.154,78	37,78	319,43	105,79	2.069,11	7.648,21	1.914,43		45.637,44		3,14	
Manforter Straße 184	Verwaltungsgebäude	3.358	98.168,85	11.709,88	12.824,77	38.446,39	3.623,61	1.857,19	149,93	6.405,98	157,05	0,00	372,60	17.072,03	5.549,42	6.247,20	91.921,65	79,95	2,28	
Markusweg 1	Kindergarten	429	31.558,97	4.049,55	534,29	8.337,52	1.199,70	467,16	111,65	1.942,79	0,00	0,00	307,02	12.458,23	2.151,06		31.558,97		6,14	
Masurenstraße 3	Kindergarten	1.960	82.162,59	11.696,00	822,76	7.866,70	0,00	1.209,12	0,00	7.101,54	0,00	0,00	307,02	43.263,80	9.895,65		82.162,59		3,49	
Masurenstraße 5	Stadtteilbüro	132	0,00														0,00		0,00	
Masurenstraße 7	Grundschule	4.523	106.293,21	6.686,98	1.004,43	73.925,29	13.076,73	0,00	277,53	30,00	0,00	0,00	1.010,68	6.325,24	3.956,33		106.293,21		1,96	
Max-Beckmann-Straße 66	Kindergarten	943	60.175,06	10.862,05	825,18	12.194,94	1.336,44	1.019,05	169,07	4.493,18	0,00	0,00	2.306,22	21.719,22	5.249,71		60.175,06		5,32	
Merziger Straße 1	Container Schulauslagerung	1.813	92.632,38	5.479,23	6.383,95	18.636,26	1.909,20	3.682,32	264,77	33.698,94	0,00	0,00	8.660,54	12.170,14	1.747,03	565.897,10	658.529,48		30,27	
Miselohestraße 4	Verwaltungsgebäude	8.107	292.222,02	44.383,93	2.652,64	95.503,96	5.305,77	1.818,26	807,07	9.847,67	0,00	65,72	24.890,00	85.654,84	21.292,16		292.222,02	34,21	3,00	
Morsbroicher Straße 14	Grundschule	2.341	122.515,28	51.477,27	1.825,64	21.226,58	6.302,94	1.135,84	742,93	6.783,76	139,58	80,96	5.687,44	27.112,34	0,00	4.859,35	127.374,63		4,53	
Morsbroicher Straße 14	Dienstwohnung	224	194,13							30,00	139,58			24,55			194,13		0,07	
Morsbroicher Straße 77	Gymnasium	18.478	593.310,61	65.976,87	10.287,95	243.830,77	26.883,60	6.604,36	749,65	28.271,91	0,00	0,00	838,00	168.301,80	41.565,70		593.310,61		2,68	
Moskauer Straße 3	Bürgerhaus	605	6.726,81	1.108,95	3.962,13		1.358,37	38,93	111,65		30,00	116,78				1.172,80	5.554,01		0,77	

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung					
Moskauer Straße 4a	Verwaltungsgebäude	7.726	773.866,90	41.354,00	0,00	607.583,76	1.797,60	1.275,53	522,88	15.013,04	25.671,08	0,00	1.143,61	60.599,39	18.906,01			773.866,90	34,80	8,35
Mülheimer Straße 14	Bürgerhaus	1.130	887,30												887,30			887,30		0,07
Mülheimer Straße 52	Friedhof	206	15.621,31	9.721,54	824,00			1.198,82		203,89			234,24	3.124,32	314,50			15.621,31		6,31
Netzestraße 10	JSL	217	3.600,69	597,86	108,31	2.311,75	181,89			30,00	370,88							3.600,69		1,38
Netzestraße 12	Grundschule	6.039	143.506,90	23.392,42	4.837,43	25.097,65	11.518,41	1.690,02	583,77	9.593,97	0,00	0,00	234,24	48.130,54	18.428,45			143.506,90		1,98
Pregelstraße 23	Kindergarten	1.959	84.931,01	5.845,41	739,59	18.150,35	1.867,92	957,22	303,05	6.405,98	0,00	0,00	234,24	39.474,95	10.952,30			84.931,01		3,61
Neukronenberger Straße 81	Sekundarschule	7.420	252.935,92	34.149,83	1.695,57	69.869,58	9.903,33	3.272,41	555,06	12.985,85	249,68	72,80	398,10	84.389,39	35.394,32			252.935,92		2,84
Neukronenberger Straße 79	Dienstwohnung	245	2.975,68		153,59		163,83	2.159,47		203,89	249,68				45,22			2.975,68		1,01
Nikolaus-Groß-Straße 2	Kindergarten	1.372	60.837,39	2.523,83	1.065,49	11.402,14	952,02	1.087,75	341,33	6.405,98	0,00	170,55	307,02	30.373,30	6.207,98			60.837,39		3,69
Nobelstraße 91	Verwaltungsgebäude	1.994	76.780,05	10.191,25	1.773,62	26.184,51	4.576,92	2.019,78	210,54	8.318,77	0,00	0,00	2.856,20	12.785,98	7.862,48			76.780,05	39,10	3,21
Oderstraße 39	Jugendhaus	841	32.367,98	4.694,95	424,72	4.407,08	165,12	208,39	947,43	3.595,77			-5.443,05	14.538,85	8.828,72		3.147,89	29.220,09		2,90
Ophovener Straße 4	Gesamtschule	24.512	659.208,63	142.672,66	13.245,18	135.453,93	42.121,08	21.594,70	2.047,98	47.849,85	0,00	0,00	362,36	179.066,60	74.794,29			659.208,63		2,24
Opladener Platz 5a	Festhalle	2.488	6.181,61		2.265,06		1.754,40	190,07		30,00					1.942,08			6.181,61		0,21
Opladener Straße 2a	Feuerwehr	923	28.958,48	6.170,51	232,29	10.375,12	3.115,35	82,44	315,81	3.565,77		68,38		2.508,92	2.523,89			28.958,48		2,61
Oulustraße 15	Kindergarten	1.430	66.782,35	7.638,71	632,68	12.837,30	0,00	1.126,68	127,60	6.405,98	0,00	0,00	362,36	32.497,84	5.153,20			66.782,35		3,89
Peter-Neuenheuser-Straße 7-11	Gymnasium	20.105	652.490,87	109.677,26	5.080,11	241.740,10	23.165,82	3.084,63	2.181,96	31.983,09	497,55	65,21	196,36	157.519,50	77.299,28			652.490,87		2,70
Peter-Neuenheuser-Straße 13	Dienstwohnung	148	723,05				130,29			30,00	497,55	65,21						723,05		0,41
Quettinger Straße 90-94	Grundschule	3.409	116.668,72	-783,54	512,33	31.009,16	7.471,68	1.328,20	682,66	30,00	0,00	70,38	9.846,14	61.151,36	5.350,35			116.668,72		2,85
Rathenaustraße 63	Bürgerhaus	403	21.736,78	3.353,56	381,46	11.180,07	792,06	144,27	175,45	1.421,12			101,24	2.834,86	1.352,69			21.736,78		4,49
Reuterstraße 53	Verwaltungsgebäude	1.562	107.324,20	10.256,60	830,08	21.700,89	1.649,91	412,20	57,42	725,56	734,18	128,47	32.916,54	30.049,87	7.862,48			107.324,20	120,15	5,72
Robert-Koch-Straße 33	Verkehrsschule	182	8.373,13	730,31	150,12	2.873,58	292,83	16,03	277,53	377,78				1.513,18	2.141,77			8.373,13		3,84
Sandstraße 65-71	Flüchtlingsunterkunft	9.462	521.624,01	72.589,12	37.479,62	211.484,47	5.690,19	68.349,86	188,21	39.857,00		277,73	708,08	27.001,07	57.998,66	251,91		521.875,92		4,60
Sandstraße 73	Kindergarten	862	70.433,66	4.789,98	610,01	27.189,98	1.735,05	874,78	118,03	6.405,98	0,00	108,12	214,12	22.966,80	5.420,81			70.433,66		6,81
Scharnhorststraße 3-5	Grundschule	5.221	235.458,95	11.608,08	705,04	50.969,01	9.910,20	288,54	507,38	8.394,31	42,90	0,00	0,00	149.775,87	3.257,62			235.458,95		3,76
Scharnhorststraße 3-5	Hauptschule	6.694	139.273,44	32.170,29	785,12	65.355,15	12.707,37	753,41	650,59	10.763,63	0,00	0,00	782,77	530,49	14.774,62			139.273,44		1,73

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon											Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm BGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF	
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung						Wartung
Scharnhorststraße 13	Kindergarten	943	41.359,35	7.727,79	0,00	0,00	2.045,94	0,00	213,73	3.217,99	0,00	0,00	234,12	25.075,44	2.844,34			41.359,35		3,66
Spreestraße 11	Kindergarten	871	33.396,42	679,69	643,01	0,00	1.804,71	680,13	175,45	3.217,99	0,00	0,00	234,24	22.038,20	3.923,00			33.396,42		3,19
Steinbücheler Straße 50	Realschule	11.148	349.542,22	72.741,48	6.341,36	55.877,77	14.535,72	6.753,21	370,04	41.473,87	0,00	0,00	20.971,83	109.784,39	20.692,55			349.542,22		2,61
Stixchesstraße 162	Feuerwache	4.376	22.530,51	9.036,00	1.012,83	184,98	11.291,37	75,75	899,58	30,00								22.530,51		0,43
Stralsunder Straße 3	Kindergarten	1.328	71.711,20	8.799,19	918,32	10.834,29	1.698,93	819,82	181,83	6.405,98	0,00	64,83	307,02	33.406,27	8.274,72			71.711,20		4,50
Stralsunder Straße 14	Dienstwohnung	177	1.051,31				193,50	238,16		203,89	308,70	61,84			45,22			1.051,31		0,49
Stralsunder Straße 15	Kindergarten	841	45.341,59	2.802,75	362,71	16.599,10	1.339,02	380,14	0,00	3.217,99	0,00	0,00	0,00	20.560,91	78,97			45.341,59		4,49
Talstraße 4	Naturgut	3.639	76.502,22	17.069,74	1.176,56	2.862,64				8.376,73		154,11	10.390,39	23.816,34	12.655,71			76.502,22		1,75
Tempelhofer Straße 114	Kindergarten	1.086	55.707,39	5.514,63	855,86	15.051,08	0,00	1.186,22	185,02	3.217,99	0,00	0,00	307,02	25.780,80	3.608,77			55.707,39		4,27
Theodor-Heuss-Ring 62	Kindergarten	419	21.275,64	2.734,52	369,61	4.554,55	1.738,92	366,40	140,36	3.217,99	0,00	0,00	307,02	5.852,44	1.993,83			21.275,64		4,23
Theodor-Heuss-Ring 132	Kindergarten	538	33.994,57	3.297,24	476,58	9.374,95	1.315,80	510,67	143,55	3.217,99	0,00	117,12	307,02	12.264,71	2.968,94			33.994,57		5,27
von-Diergardt-Straße 69a	Container Schulauslagerung	1.795	69.781,91	7.080,65	681,86	17.671,80	681,86	1.419,00		20.321,97	0,00	0,00	7.813,74	9.840,21	4.270,82	230.818,09		300.600,00		13,96
Weichselstraße 11	Kindergarten	419	16.418,06	4.454,69	556,60	8.406,18	1.244,85	139,69	360,47	377,78			234,24		643,56			16.418,06		3,27
Weierstraße 53	Verwaltungsgebäude	464	10.964,12	2.268,40	466,97	3.934,13	0,00	112,21	0,00	30,00	0,00	0,00	234,24	2.360,12	1.558,05			10.964,12	46,40	1,97
Werner-Heisenberg-Straße 1	Gymnasium	16.772	497.413,01	80.804,40	3.351,48	177.307,42	25.029,87	2.553,35	698,61	19.157,94	0,00	67,31	9.741,46	133.746,57	44.954,60			497.413,01		2,47
Werner-Heisenberg-Straße 7	Kindergarten	852	43.584,86	6.131,07	850,26	10.372,44	1.883,40	893,10	63,80	3.217,99	0,00	0,00	307,02	17.809,84	2.055,94			43.584,86		4,26
Wiesdorfer Platz	City A	0	4.232,97	4.232,97												21.906,72		26.139,69		
Wiembachallee 42	Realschule	8.068	19.557,51	397,28	-786,33	-5.360,00	10.430,94	1.309,88	644,38	12.781,96	0,00	0,00	72,20	0,00	67,20			19.557,51		0,20
Wiembachallee 46	Realschule	1.819	-5.158,85	15.296,74	477,37	-29.848,14	5.793,39	787,16	220,11	377,78	446,93	0,00	0,00	1.231,50	58,31			883,02		0,04
Wiembachallee 46	Dienstwohnung	225	883,02							377,78	446,93				58,31			883,02		0,33
Wuppertalstraße 10	Grundschule	3.638	146.019,39	7.974,79	209,00	62.213,65	6.493,86	1.266,37	239,25	6.449,17	0,00	141,78	362,36	55.927,65	4.741,51			146.019,39		3,34
Rheinallee 12 und 20	sonstige Gebäude	145	1.829,47				94,17	212,97	622,05	377,78	358,28				164,22			1.829,47		1,05

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm NGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wahrung	Reinigung	Wartung					
Anmietungen																				
Adolf-Kaschny-Straße 1-5	Verwaltung / Archiv	1.180	1.865,43	1.865,43												110.556,30	112.421,73	7,94		
Albert-Schweitzer-Str. 17	Whg. Flüchtlinge	97	1.462,12	1.462,12												12.643,32	14.105,44	12,15		
Albert-Schweitzer-Str. 21	Whg. Flüchtlinge	97	2.452,32	2.452,32												13.136,95	15.589,27	13,43		
Albert-Schweitzer-Str. 25	Kindergarten	1578	2.589,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.589,01	0,00	159.475,73	162.064,74	8,56		
Albert-Schweitzer-Straße 1	Whg. Flüchtlinge	79	269,29	269,29												10.351,64	10.620,93	11,16		
Albert-Schweitzer-Straße 11	Whg. Flüchtlinge	83	291,89	291,89												11.670,54	11.962,43	12,05		
Albert-Schweitzer-Straße 7	Whg. Flüchtlinge	81	1.070,54	1.070,54												11.456,36	12.526,90	12,81		
Albert-Schweitzer-Straße 7	Whg. Flüchtlinge	95	1.669,67	1.669,67												13.325,95	14.995,62	13,13		
Albert-Schweitzer-Straße 7	Whg. Flüchtlinge	81	1.309,95	1.309,95												11.254,08	12.564,03	12,85		
Albert-Schweitzer-Straße 9	Whg. Flüchtlinge	83	1.430,15	1.430,15												10.537,21	11.967,36	12,06		
Alkenrather Str. 32	Flue UKRAI	48	588,00	588,00												3.802,05	4.390,05	7,68		
Altstadtstr. 17-19	Flue UKRAI	74	0,00													7.114,95	7.114,95	7,99		
Altstadtstraße 117	Whg. Flüchtlinge	60	1.212,65	1.212,65												8.435,25	9.647,90	13,40		
Am Gesundheitspark 5	Rettungswache (Klinikum)	166	316,12												316,12	88.354,76	88.670,88	44,47		
Am Kühnsbusch 38	Whg. Flüchtlinge (WGL)	48	3.427,07	3.427,07												6.009,98	9.437,05	16,28		
Am Kühnsbusch 38	Whg. Flüchtlinge (WGL)	48	2.435,53	2.435,53												6.246,15	8.681,68	14,97		
Am Quettinger Feld 28	Kindergarten (WGL)	688	33.289,13	4.781,60	758,28	9.803,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.863,50	82,11	113.248,98	146.538,11	17,75		
An St. Remigius	Rettungswache	131	196,95												196,95	23.585,86	23.782,81	15,13		
Bahnhofstraße 17 - 19	Whg. Flüchtlinge	144	2.521,74	2.521,74												16.994,34	19.516,08	11,26		
Bahnhofstraße 19	Flue UKRAI	110	0,00													15.714,00	15.714,00	11,90		
Baumberger Str. 50	Flue UKRAI	65,73	504,00	504,00												7.004,64	7.508,64	9,52		
Baumberger Str. 50	Flue UKRAI	67,78	1.363,44	1.363,44												11.039,11	12.402,55	15,25		
Baumberger Str. 52	Flue UKRAI	67,78	412,83	412,83												10.948,96	11.361,79	13,97		
Baumberger Straße 25	Whg. Flüchtlinge (WGL)	56	1.413,83	1.413,83												6.478,92	7.892,75	11,75		
Baumberger Straße 3	Whg. Flüchtlinge (WGL)	52	1.683,19	1.683,19												5.733,00	7.416,19	11,79		
Bismarckstr. 21	Flue UKRAI	55,27	1.854,91	1.854,91												8.714,36	10.569,27	15,94		
Borkumstraße 3	Kindergarten (WGL)	1436	22.174,12	18.781,62	841,46	2.222,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	328,81		255.422,87	277.596,99	16,11		
Borsigstraße 15	Betriebshof	269	8.550,32											8.276,83	273,49		8.550,32	2,65		
Bürriger Weg 10	Whg. Flüchtlinge	73	5.149,98	1.665,45		3.484,53										8.948,31	14.098,29	16,09		
Carl-Leverkus-Straße 68	Whg. Flüchtlinge	110	4.414,31	4.414,31												13.392,72	17.807,03	13,51		
Charlottenburger Str. 20	Flue UKRAI	67,02	504,01	504,01												7.086,40	7.590,41	9,44		
Charlottenburger Str. 22	Flue UKRAI	67,24	942,22	942,22												9.962,74	10.904,96	13,51		
Dönhoffstraße 39	Verwaltung	346	6.625,51											6.625,51		58.561,33	65.186,84	26,62		
Dr.-August-Blank-Straße 6	Jugendhaus	600	31.450,52	29.270,81	355,52									307,02	1.517,17	6.084,00	37.534,52	5,21		
E.-von-Thadden-Str. 5	Flue UKRAI	80	1.705,25	1.705,25												12.255,98	13.961,23	14,47		
E.-von-Thadden-Str. 7	Flue UKRAI	80	1.133,05	1.133,05												12.872,91	14.005,96	14,52		
E.-von-Thadden-Straße 27	Flue UKRAI	65	1.910,24	1.910,24												11.432,21	13.342,45	17,13		
Elisabeth-von-Thadden-Str. 16	Flue UKRAI	51	504,01	504,01												4.999,04	5.503,05	9,05		
Elisabeth-von-Thadden-Str. 31	Whg. Flüchtlinge	83	2.721,24	2.721,24												10.126,81	12.848,05	12,86		

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm NGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung					
Eschenweg 17-23	Kindergarten (WGL)	280	0,00													43.219,80		43.219,80		12,86
Friedrich-Ebert-Platz 1	Verwaltung	5225	252.609,60	58.526,44									125.773,22	63.440,05	4.869,89	986.097,81		1.238.707,41	46,65	19,76
Friedrich-Ebert-Platz 9	Verwaltung	742	0,00													727,11		727,11	29,68	0,08
Friedrich-Ebert-Straße 17	Verwaltung	1793	22.798,40	9.062,09										12.134,45	1.601,86	424.548,60		447.347,00	35,16	20,79
Friedrich-Ebert-Straße 27 b	Whg. Flüchtlinge	35	388,57	388,57												5.481,55		5.870,12		13,98
Friedrich-Ebert-Straße 39	Verwaltung (Sparkasse)	1136	11,84												11,84	279.886,59		279.898,43	14,38	20,53
Geschwister-Scholl-Str. 64	Flue UKRAI	56	672,00	672,00												7.144,00		7.816,00		11,72
Geschwister-Scholl-Str. 68	Flue UKRAI	56	672,00	672,00												7.245,00		7.917,00		11,87
Geschwister-Scholl-Str. 82	Flue UKRAI	65	0,00													7.540,11		7.540,11		9,73
Goetheplatz 1-4	Verwaltung	7300	422.102,97	85.792,53	2.724,78	101.791,25		2.212,14	0,00	8.806,71				145.386,45	63.088,08	12.301,03	1.256.582,48	1.678.685,45	31,74	19,16
Görlitzer Straße 1	Whg. Flüchtlinge (WGL)	64	2.772,86	2.772,86												10.339,24		13.112,10		17,07
Hauptstraße 94	Anmietung Ersatz Moskauer Str.	60	0,00													10.697,62		10.697,62		14,86
Hemmelrather Weg 201	Verwaltung	590	22.465,65	22.157,21											308,44	100.126,95		122.592,60	49,17	17,32
Hermann-Hesse-Str. 7	Flue UKRAI	59	1.873,95	1.873,95												9.202,13		11.076,08		15,64
Hermann-Hesse-Str. 7	Flue UKRAI	59	458,43	458,43												8.925,90		9.384,33		13,25
Hermann-Hesse-Str. 7	Flue UKRAI	59	672,00	672,00												6.861,24		7.533,24		10,64
Hermann-Hesse-Str. 8	Flue UKRAI	59	588,01	588,01												6.198,08		6.786,09		9,52
Hermann-Hesse-Str. 9	Flue UKRAI	73	413,13	413,13												11.454,90		11.868,03		13,63
Hitdorfer Straße	Rettungswache	463	0,00													56.814,00		56.814,00		10,23
Im Dorf 2a	Kindergarten	350	19.922,56	4.687,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.333,92	0,00	0,00	307,02	10.488,50	1.105,27	47.997,22		67.919,78		16,17
Josefstraße 10	Flüchtlingsunterkunft	3928	33.773,62											33.773,62		600.408,00		634.181,62		13,45
Kaiserstraße 19	Whg. Flüchtlinge	136	3.582,06	1.356,52		2.225,54										11.512,88		15.094,94		9,24
Kalkstraße 21	Whg. Flüchtlinge	123	2.569,90	2.569,90												9.780,00		12.349,90		8,37
Kanalstraße 45	Feuerwache	1090	67.559,09	16.760,86	1.350,43	31.107,73								16.407,44	1.932,63	80.394,60		147.953,69		11,31
Käthe-Kollwitz-Str. 1	Flue UKRAI	36	1.620,76	1.620,76												5.894,06		7.514,82		17,40
Käthe-Kollwitz-Str. 1	Flue UKRAI	41	588,01	588,01												4.397,12		4.985,13		10,13
Käthe-Kollwitz-Str. 18	Flue UKRAI	85	4.070,55	4.070,55												13.859,93		17.930,48		17,58
Käthe-Kollwitz-Str. 26	Flue UKRAI	63	2.173,59	2.173,59												9.608,03		11.781,62		15,58
Käthe-Kollwitz-Str. 26	Flue UKRAI	63	0,00													7.655,00		7.655,00		10,13
Käthe-Kollwitz-Str. 26	Flue UKRAI	43	672,00	672,00												5.517,50		6.189,50		12,00
Käthe-Kollwitz-Str. 26 a	Flue UKRAI	63	2.264,57	2.264,57												9.371,32		11.635,89		15,39
Käthe-Kollwitz-Str. 26 a	Flue UKRAI	63	0,00													7.995,20		7.995,20		10,58
Käthe-Kollwitz-Str. 26 b	Flue UKRAI	53	2.125,54	2.125,54												10.363,14		12.488,68		19,64
Käthe-Kollwitz-Str. 28	Flue UKRAI	79	3.368,71	3.368,71												12.612,07		15.980,78		16,86
Käthe-Kollwitz-Str. 32	Flue UKRAI	66	504,00	504,00												6.773,12		7.277,12		9,19
Käthe-Kollwitz-Str. 4	Flue UKRAI	56	2.037,17	2.037,17												8.999,30		11.036,47		16,42
Käthe-Kollwitz-Str. 6	Flue UKRAI	57	588,01	588,01												7.581,00		8.169,01		11,94
Käthe-Kollwitz-Str. 6	Flue UKRAI	57	252,00	252,00												6.689,52		6.941,52		10,15
Käthe-Kollwitz-Str. 8	Flue UKRAI	56	1.123,56	1.123,56												8.131,79		9.255,35		13,77
Kerschensteiner Str. 11	Flue UKRAI	56	672,00	672,00												7.378,10		8.050,10		12,09

Gebäude Anschrift	Nutzung	Fläche BGF Mietfläche NGF in m²	Betriebs- kosten 2023	davon												Miet- zahlungen 2023 einschl. NK	Miet- einnahmen 2023	Gesamt- aufwand 2023	qm NGF pro BAP bei Maximal- belegung	monatl. Gesamt- aufwand je m² BGF	
				Strom	Wasser	Gas Fernwärme	Regen- wasser	Schmutz- wasser	Straßen- reinigung	Müll- abfuhr	Grund- steuer	Schorn- stein- feger	Be- wachtung	Reinigung	Wartung						
Kerschensteiner Str. 25	Flue UKRAI	70	672,00	672,00												9.186,86		9.858,86		11,69	
Kerschensteiner Str. 25	Flue UKRAI	70	672,00	672,00												10.026,26		10.698,26		12,69	
Kölner Straße 181	Whg. Flüchtlinge	47	834,05	834,05												6.188,61		7.022,66		12,50	
Kölner Straße 181	Whg. Flüchtlinge	47	1.699,16	1.699,16												6.157,89		7.857,05		13,99	
Kölner Straße 181	Whg. Flüchtlinge	61	0,00													7.848,39		7.848,39		10,81	
Kölner Straße 30	Whg. Flüchtlinge	122	6.035,11	2.394,56		3.640,55										11.420,76		17.455,87		11,92	
Kolpingstraße 4	Kindergarten (WGL)	806	-17.844,30	-27.309,17	743,05	7.924,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	544,02	253,38	212.853,38		195.009,08		20,16	
Leinestraße 1	Whg. Flüchtlinge (WGL)	47	1.986,65	1.986,65												4.478,05		6.464,70		11,35	
Lerchengasse 6	Containeranmietung Flüchtlinge	1813	90.140,59	21.766,26	7.189,09	20.135,66		4.323,52		8.318,77				25.958,44	2.448,85	508.251,88		598.392,47		27,50	
Lippe 20a	Kindergarten	112	5.023,42	903,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.713,60	406,16	17.467,56		22.490,98		16,73	
Mittelstraße 36	Flue UKRAI	52	0,00													5.043,43		5.043,43		8,14	
Monheimer Straße 24	Whg. Flüchtlinge (WGL)	62	1.504,73	1.504,73												8.547,23		10.051,96		13,48	
Monheimer Straße 5	Whg. Flüchtlinge (WGL)	81	1.354,74	1.354,74												9.931,17		11.285,91		11,62	
Monheimer Straße 8	Whg. Flüchtlinge (WGL)	81	943,52	943,52												9.846,49		10.790,01		11,07	
Montessoriweg 6	Flue UKRAI	52	0,00													7.123,70		7.123,70		11,32	
Morsbroicher Straße 79	Kindergarten (WGL)	1104	16.923,87	8.607,07	747,39	7.066,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	502,97	274.853,33		291.777,20		22,02	
Nobelstraße 33c	Kindergarten	691	24.951,49	4.992,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	307,02	18.182,15	1.470,31	113.959,52		138.911,01		16,75	
Oderstr. 14	Flue UKRAI	70	588,00	588,00												8.979,93		9.567,93		11,35	
Olof-Palme-Straße 15	Sammelunterkunft Flue UKRAI	3500	52.467,15											52.467,15		753.657,37		806.124,52		19,19	
Ortelsburger Straße 4	Flue UKRAI	57,4	276,77	276,77												7.667,04		7.943,81		11,53	
Ortelsburger Straße 6	Flue UKRAI	57,4	0,00													7.291,62		7.291,62		10,59	
Oswald-Spengler-Straße 38	Whg. Flüchtlinge	70	2.969,26	2.969,26												9.488,86		12.458,12		14,83	
Overfeldweg 80	Rettungswache	516	0,00													57.705,36		57.705,36		9,32	
Paracelsusstr. 19	Verwaltung (Klinikum)	385	5.747,70											5.747,70		249.486,88		255.234,58	12,41	55,25	
Pestalozzistraße 7	Kindergarten (WGL)	1435	15.911,45	7.116,24	600,39	7.682,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	512,36	280.360,21		296.271,66		17,21	
Pfarrer-Schmitz-Straße 9	Verwaltung	341	11.391,84	5.695,92	2.515,12									3.180,80		42.836,61		54.228,45	21,31	13,25	
Quettinger Straße 220	Verwaltung	1691	25.758,48	11.138,17										12.780,39	1.839,92	256.045,79		281.804,27	22,55	13,89	
Rat-Deycks-Straße 9	Kindergarten	351	18.953,56	13.867,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	307,02	4.779,28	0,00	42.191,84		61.145,40		14,52	
Rennbaumstraße 54	Whg. Flüchtlinge	64	1.480,91	1.480,91												7.732,28		9.213,19		12,00	
Reuschenberger Straße 40	Kindergarten	127	3.634,04	1.006,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.285,34	342,20	11.727,19		15.361,23		10,08	
Schießbergstraße 77	Anmietung Notschlafstelle	439	2.040,88											234,24	113,48	1.693,16	7.453,03	600,00	8.893,91		1,69
Spandauer Str. 15	Flue UKRAI	71	672,00	672,00												9.129,50		9.801,50		11,50	
Stefan-Zweig-Straße 4	Whg. Flüchtlinge	63	1.508,75	1.508,75												7.628,46		9.137,21		12,18	
Stüttekofener Straße 51	Flue UKRAI	100	13.845,20	3.564,11	686,10	9.594,99										8.400,00		22.245,20		18,54	
Theodor-Heuss-Ring 1	Flue UKRAI	56	1.450,31	1.450,31												6.835,20		8.285,51		12,29	
Theodor-Heuss-Ring 102	Flue UKRAI	56	588,01	588,01												7.292,00		7.880,01		11,73	
Theodor-Heuss-Ring 118	Flue UKRAI	66	1.250,54	1.250,54												10.406,76		11.657,30		14,72	
Theodor-Heuss-Ring 21	Whg. Flüchtlinge	54	2.504,03	1.426,35		1.077,68										6.779,60		9.283,63		14,33	
Theodor-Heuss-Ring 88	Flue UKRAI	58	1.162,91	1.162,91												9.020,83		10.183,74		14,63	
Theodor-Heuss-Ring 88	Flue UKRAI	66	588,01	588,01												6.717,12		7.305,13		9,22	

voraus. Ruhestand Beamte 2025 - 2035 (Anzahl) nach Fachbereichen (FB)

FB	FB Text	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	Summe
0001	Dezernat I			1									1
0002	Dezernat II				1	1			1				3
0004	Dezernat IV								1		1	1	3
0005	Dezernat V									1		1	2
0100	Oberbürgermeister, Rat/Bezirke										1		1
0300	Frauenbüro									1			1
0400	Digitalisierung											1	1
1100	Personal und Organisation		1		2	1	1	3		2	1	1	12
1400	Rechnungsprüfung und Beratung				1		1	1			1		4
1800	Kultur und Stadtmarketing						1						1
2000	Finanzen		1	2		3		4	1	2	3		16
3000	Recht und Vergabestelle				1		1						2
3100	Mobilität und Klimaschutz								1			1	2
3200	Umwelt				1	2	1				1		5
3300	Bürger und Integration				1	1	2		1			1	6
3600	Ordnung und Straßenverkehr				2	1	1		2				6
3700	Feuerwehr	1	3	6	4	4	1	4	2	4	7	7	43
3900	Veterinärmedizin			1						1			2
4000	Schulen			1		1		1					3
5000	Soziales			2	1	1			2	1	3		10
5090	AGL		1	1	1		2		1	1		1	8
5100	Jugend allg.				1		1			2	1		5
5300	Medizinischer Dienst					1		1					2
6000	Büro Dezernat V										1	2	3
6100	Stadtplanung und Bauaufsicht								2				2
6200	Kataster- und Vermessung		1	2	1				1				5
6300	Bauaufsicht							1		1			2
6500	Gebäudewirtschaft		1		1			2					4
6600	Tiefbau							1			1		2
6700	Stadtgrün											1	1
Summe		1	8	16	18	16	12	18	15	16	21	17	158

voraus. Ruhestand Beamte 2025 - 2035 (Vollzeitäquivalent) nach Fachbereichen (FB)

FB	FB Text	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	Summe
0001	Dezernat I			1,00									1,00
0002	Dezernat II				1,00	1,00			0,50				2,50
0004	Dezernat IV								1,00		1,00	1,00	3,00
0005	Dezernat V									1,00		1,00	2,00
0100	Oberbürgermeister, Rat/Bezirke										1,00		1,00
0300	Frauenbüro									1,00			1,00
0400	Digitalisierung											0,88	0,88
1100	Personal und Organisation		0,67		2,00	0,59	1,00	2,14		1,90	1,00	1,00	10,30
1400	Rechnungsprüfung und Beratung				1,00		1,00	0,59			1,00		3,59
1800	Kultur und Stadtmarketing						0,90						0,90
2000	Finanzen		1,00	2,00		2,77		3,03	1,00	1,75	2,50		14,05
3000	Recht und Vergabestelle				1,00		1,00						2,00
3100	Mobilität und Klimaschutz								0,64			1,00	1,64
3200	Umwelt				0,95	1,70	1,00				0,75		4,40
3300	Bürger und Integration				0,64	0,50	1,77		0,85			1,00	4,76
3600	Ordnung und Straßenverkehr				2,00	0,62	1,00		1,63				5,25
3700	Feuerwehr	1,00	3,00	6,00	3,50	4,00	1,00	4,00	2,00	4,00	7,00	7,00	42,50
3900	Veterinärmedizin			1,00						0,75			1,75
4000	Schulen			1,00		0,50		0,77					2,27
5000	Soziales			2,00	1,00	1,00			2,00	1,00	2,93		9,93
5090	AGL		0,77	1,00	1,00		1,53		1,00	0,51		0,80	6,61
5100	Jugend allg.				1,00		1,00			1,51	0,50		4,01
5300	Medizinischer Dienst					1,00		0,67					1,67
6000	Büro Dezernat V										1,00	2,00	3,00
6100	Stadtplanung und Bauaufsicht								1,75				1,75
6200	Kataster- und Vermessung		0,50	2,00	1,00				1,00				4,50
6300	Bauaufsicht							1,00		1,00			2,00
6500	Gebäudewirtschaft		0,98		1,00			2,00					3,98
6600	Tiefbau							0,95			0,88		1,83
6700	Stadtgrün											1,00	1,00
Summe		1,00	6,92	16,00	17,09	13,68	11,20	15,15	13,37	14,42	19,56	16,68	145,07

voraus. Ruhestand Tarifbeschäftigte 2025 - 2035 (Anzahl) nach Fachbereichen (FB)

FB	FB Text	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	Summe
0001	Dezernat I						1						1
0002	Dezernat II								1	1			2
0004	Dezernat IV	2	2	4	8	4	4	6	8	3	8	2	51
0005	Dezernat V							1					1
0100	Oberbürgermeister, Rat/Bezirke	1		1	1							1	4
0300	Frauenbüro				1								1
1100	Personal und Organisation			2			1	2	1	2	2	3	13
1400	Rechnungsprüfung und Beratung											1	1
1800	Kultur und Stadtmarketing		1	1	2	2	3	2	3	3	4		21
2000	Finanzen	1		1	3	2		3	3	3	4	3	23
3100	Mobilität und Klimaschutz						1						1
3200	Umwelt	1	1	1		1			2	1	2	1	10
3300	Bürger und Integration	2	1	1	1	1	1	5	3	3	5	1	24
3600	Ordnung und Straßenverkehr	1	4	3	3	4	3	6	4	8	7	10	53
3700	Feuerwehr						1		2		1		4
3900	Veterinärmedizin					2		1	1		1	1	6
4000	Schulen	1	2	1	3	4	4	4	2	5	2	5	33
5000	Soziales				3	5	4	2	4	8	5	2	33
5090	AGL	1	1	1		3	2	2	1	1	1	2	15
5100	Jugend allg.	2	6	14	13	18	13	18	25	16	19	20	164
5200	Sportpark Leverkusen		1	3		3	1	3	6	4	6	3	30
5300	Medizinischer Dienst			1			1	4		4	4	1	15
6100	Stadtplanung und Bauaufsicht	1		1		1	2		1	3	2	3	14
6200	Kataster- und Vermessung			2	7	4	4	2	2	1			22
6300	Bauaufsicht			1	1		2	1		4	3	1	13
6500	Gebäudewirtschaft		6	4	6	7	10	7	10	12	19	10	91
6600	Tiefbau	1	1			1	1	1	1	3	1	1	11
6700	Stadtgrün	2	3	3	4	9	3	5	6	7	6	7	55
Summe		16	29	45	56	71	62	75	86	92	102	78	712

voraus. Ruhestand Tarifbeschäftigte 2025 - 2035 (Vollzeitäquivalent) nach Fachbereichen (FB)

FB	FB Text	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	Summe
0001	Dezernat I						1,00						1,00
0002	Dezernat II								1,00	1,00			2,00
0004	Dezernat IV	0,92	1,88	3,37	6,45	1,64	3,17	4,15	5,31	2,00	6,10	1,22	36,21
0005	Dezernat V							1,00					1,00
0100	Oberbürgermeister, Rat/Bezirke	0,09		1,00	1,00							1,00	3,09
0300	Frauenbüro				0,90								0,90
1100	Personal und Organisation			1,10			1,00	1,82	0,50	2,00	1,87	2,77	11,06
1400	Rechnungsprüfung und Beratung											0,72	0,72
1800	Kultur und Stadtmarketing		1,00	0,51	1,51	2,00	2,26	1,56	1,90	2,51	4,00		17,25
2000	Finanzen	1,00		1,00	2,72	1,50		3,00	3,00	2,52	4,00	2,41	21,15
3100	Mobilität und Klimaschutz						1,00						1,00
3200	Umwelt	1,00	0,90	0,90		1,00			1,69	1,00	1,59	0,72	8,80
3300	Bürger und Integration	1,26	0,26	1,00	1,00	1,00	0,77	4,00	3,00	2,80	4,50	0,50	20,09
3600	Ordnung und Straßenverkehr	1,00	3,76	2,50	2,83	4,00	2,90	4,44	3,39	5,87	6,27	7,78	44,74
3700	Feuerwehr						0,50		2,00		0,64		3,14
3900	Veterinärmedizin					1,90		1,00	1,00		0,26	0,50	4,66
4000	Schulen	0,58	2,00	0,86	2,51	3,42	3,74	3,50	1,91	4,26	1,62	3,88	28,28
5000	Soziales				2,50	4,80	2,76	2,00	3,50	7,37	4,24	2,00	29,17
5090	AGL	1,00	0,38	1,00		3,00	2,00	1,72	1,00	1,00	0,99	1,14	13,23
5100	Jugend allg.	0,63	3,60	12,54	11,02	16,07	11,71	13,96	20,45	13,98	15,69	16,85	136,50
5200	Sportpark Leverkusen		1,00	2,77		2,00	0,50	2,50	4,42	3,74	4,86	2,62	24,41
5300	Medizinischer Dienst			0,50			1,00	2,97		2,77	3,27	1,00	11,51
6100	Stadtplanung und Bauaufsicht	1,00		0,50		1,00	1,64		1,00	2,50	2,00	3,00	12,64
6200	Kataster- und Vermessung			1,79	5,54	3,77	3,28	1,48	2,00	1,00			18,86
6300	Bauaufsicht			1,00	0,77		2,00	1,00		4,00	3,00	0,77	12,54
6500	Gebäudewirtschaft		5,50	4,00	4,17	4,35	8,89	6,50	7,78	11,17	17,36	9,41	79,13
6600	Tiefbau	1,00	1,00			1,00	0,50	1,00	1,00	2,77	1,00	1,00	10,27
6700	Stadtgrün	2,00	3,00	3,00	3,13	9,00	2,85	5,00	6,00	6,02	5,50	6,13	51,63
Summe		11,48	24,28	39,34	46,05	61,45	53,47	62,60	71,85	80,28	88,76	65,42	604,98

	Vakant z. 01.08.2025
Dez. I	0,00
Beamte	0,00
tarifl. Beschäftigte	0,00
FB 01	1,98
Beamte	1,35
tarifl. Beschäftigte	0,63
FB 03	0,31
Beamte	0,00
tarifl. Beschäftigte	0,31
FB 11	41,54
Beamte	31,78
tarifl. Beschäftigte	9,75
PR	0,00
Beamte	0,00
tarifl. Beschäftigte	0,00
FB 14	1,56
Beamte	1,32
tarifl. Beschäftigte	0,24
FB 18	3,98
Beamte	0,03
tarifl. Beschäftigte	3,95
Dez. II	0,09
Beamte	0,00
tarifl. Beschäftigte	0,09
FB 04	1,47
Beamte	0,55
tarifl. Beschäftigte	0,92
FB 20	9,81
Beamte	4,82
tarifl. Beschäftigte	4,98
FB 30	1,06
Beamte	0,96
tarifl. Beschäftigte	0,10
FB 36	12,32
Beamte	1,72
tarifl. Beschäftigte	10,61
Dez. III	2,79
Beamte	2,00
tarifl. Beschäftigte	0,79
FB 31	3,23
Beamte	0,00
tarifl. Beschäftigte	3,23
FB 32	5,32
Beamte	0,38
tarifl. Beschäftigte	4,93
FB 33	7,89
Beamte	2,50
tarifl. Beschäftigte	5,39
FB 39	-0,03
Beamte	0,22
tarifl. Beschäftigte	-0,25
FB 50	25,40
Beamte	3,35

tarifl. Beschäftigte	22,05
FB 53	9,35
Beamte	0,48
tarifl. Beschäftigte	8,87
AGL	28,49
Beamte	2,63
tarifl. Beschäftigte	25,86
Dez. IV	7,77
Beamte	1,01
tarifl. Beschäftigte	6,76
FB 40	6,07
Beamte	1,70
tarifl. Beschäftigte	4,37
FB 51 - KITA	97,22
tarifl. Beschäftigte	97,22
FB 51 - ohne KITA	20,26
Beamte	0,98
tarifl. Beschäftigte	19,28
SPL	0,27
Beamte	0,27
Dez. V	0,00
Beamte	0,00
tarifl. Beschäftigte	0,00
FB 37	42,89
Beamte	35,41
tarifl. Beschäftigte	7,47
Büro 60	-0,70
Beamte	0,30
tarifl. Beschäftigte	-1,00
FB 61	4,87
Beamte	1,00
tarifl. Beschäftigte	3,87
FB 62	6,30
Beamte	2,17
tarifl. Beschäftigte	4,13
FB 63	3,27
Beamte	2,00
tarifl. Beschäftigte	1,27
FB 65	36,07
Beamte	1,00
tarifl. Beschäftigte	35,07
FB 66	3,33
Beamte	0,15
tarifl. Beschäftigte	3,18
FB 67	8,59
Beamte	0,65
tarifl. Beschäftigte	7,94
Gesamt	392,75
Beamte	100,72
tarifl. Beschäftigte	292,03

Krankenquoten 2024 nach Fachbereichen (FB)

FB	FB Text	Krankenquote
0002	Dezernat II	6,97%
0003	Dezernat III	0,55%
0004	Dezernat IV	12,57%
0005	Dezernat V	1,67%
0100	Oberbürgermeister, Rat/Bezirke	2,07%
0200	Konzernsteuerung	14,14%
0400	Digitalisierung	2,45%
1100	Personal und Organisation	5,82%
1400	Rechnungsprüfung und Beratung	5,01%
1800	Kultur und Stadtmarketing	5,70%
2000	Finanzen	7,45%
3000	Recht und Vergabestelle	6,12%
3100	Mobilität und Klimaschutz	11,63%
3200	Umwelt	5,31%
3300	Bürger und Integration	8,95%
3600	Ordnung und Straßenverkehr	6,46%
3700	Feuerwehr	5,34%
3900	Veterinärmedizin	7,81%
4000	Schulen	5,20%
5000	Soziales	9,14%
5090	AGL	7,13%
5100	Jugend allg.	9,84%
5300	Medizinischer Dienst	8,04%
6100	Stadtplanung und Bauaufsicht	7,87%
6200	Kataster- und Vermessung	8,04%
6300	Bauaufsicht	6,64%
6500	Gebäudewirtschaft	6,41%
6600	Tiefbau	4,70%
6700	Stadtgrün	9,01%
gesamt		7,49%

Auszahlungen im Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 in Warengruppen, in denen u.a. die Dienstleistung "Gutachten" erfasst werden

Geschäftsbereich/Warengruppe	Auszahlungen
1100	25.442,67 €
Beratung/Consulting	15.734,81 €
Gutachter/Sachverst.	8.857,01 €
WP/Steuerberatung	850,85 €
2000	37.895,03 €
Beratung/Consulting	29.625,56 €
WP/Steuerberatung	8.269,47 €
3000	78.363,21 €
Rechtsanwälte/Notare	78.363,21 €
3100	56.207,45 €
Beratung/Consulting	37.232,35 €
Gutachter/Sachverst.	18.439,05 €
Rechtsanwälte/Notare	536,05 €
3200	105.651,49 €
Gutachter/Sachverst.	105.651,49 €
3600	26.392,76 €
Gutachter/Sachverst.	7.683,20 €
Rechtsanwälte/Notare	18.709,56 €
3700	773,50 €
Gutachter/Sachverst.	773,50 €
4000	11.840,50 €
Beratung/Consulting	11.840,50 €
5000	22.394,86 €
Rechtsanwälte/Notare	22.394,86 €
5300	1.103,00 €
Gutachter/Sachverst.	1.103,00 €
6000	11.044,69 €
Rechtsanwälte/Notare	11.044,69 €
6100	392.960,80 €
Beratung/Consulting	359.389,97 €
Rechtsanwälte/Notare	33.570,83 €
6200	11.459,00 €
Gutachter/Sachverst.	11.459,00 €
6500	2.169.522,56 €
Beratung/Consulting	2.826,25 €
Gutachter/Sachverst.	794.759,26 €
Rechtsanwälte/Notare	1.371.937,05 €
6600	32.124,44 €
Beratung/Consulting	5.915,28 €
Gutachter/Sachverst.	26.209,16 €
6700	67.774,90 €
Beratung/Consulting	899,64 €
Gutachter/Sachverst.	64.950,98 €
WP/Steuerberatung	1.924,28 €
8200	156.222,18 €
Beratung/Consulting	39.037,66 €
Gutachter/Sachverst.	37.850,99 €
Rechtsanwälte/Notare	72.498,47 €
WP/Steuerberatung	6.835,06 €
8400	174.760,43 €
Beratung/Consulting	174.760,43 €
9700	18.581,85 €
Beratung/Consulting	18.581,85 €
Gesamtergebnis	3.400.515,32 €

Erläuterungen

Geschäftsbereich = Fachbereich bzw- Büro

8200 = 02

8400 = 04

9700 = Zentrales Finanzdepot

Warengruppen

Dezernat/Warengruppe	Auszahlungen
Dez I	
1100	25.442,67 €
Beratung/Consulting	15.734,81 €
Gutachter/Sachverst.	8.857,01 €
WP/Steuerberatung	850,85 €
Summe Dez I	25.442,67 €

Dez II	Auszahlungen
8200	156.222,18 €
Beratung/Consulting	39.037,66 €
Gutachter/Sachverst.	37.850,99 €
Rechtsanwälte/Notare	72.498,47 €
WP/Steuerberatung	6.835,06 €
8400	174.760,43 €
Beratung/Consulting	174.760,43 €
9700	18.581,85 €
Beratung/Consulting	18.581,85 €
2000	37.895,03 €
Beratung/Consulting	29.625,56 €
WP/Steuerberatung	8.269,47 €
3000	78.363,21 €
Rechtsanwälte/Notare	78.363,21 €
3600	26.392,76 €
Gutachter/Sachverst.	7.683,20 €
Rechtsanwälte/Notare	18.709,56 €
Summe Dez II	492.215,46 €

Dez III	Auszahlungen
3100	56.207,45 €
Beratung/Consulting	37.232,35 €
Gutachter/Sachverst.	18.439,05 €
Rechtsanwälte/Notare	536,05 €
3200	105.651,49 €
Gutachter/Sachverst.	105.651,49 €
5000	22.394,86 €
Rechtsanwälte/Notare	22.394,86 €
5300	1.103,00 €
Gutachter/Sachverst.	1.103,00 €
Summe Dez III	185.356,80 €

Dez IV	Auszahlungen
4000	11.840,50 €
Beratung/Consulting	11.840,50 €
Summe Dez IV	11.840,50 €

Dez V	Auszahlungen
3700	773,50 €
Gutachter/Sachverst.	773,50 €
6000	11.044,69 €
Rechtsanwälte/Notare	11.044,69 €
6100	392.960,80 €
Beratung/Consulting	359.389,97 €
Rechtsanwälte/Notare	33.570,83 €
6200	11.459,00 €
Gutachter/Sachverst.	11.459,00 €
6500	2.169.522,56 €
Beratung/Consulting	2.826,25 €
Gutachter/Sachverst.	794.759,26 €
Rechtsanwälte/Notare	1.371.937,05 €
6600	32.124,44 €
Beratung/Consulting	5.915,28 €
Gutachter/Sachverst.	26.209,16 €
6700	67.774,90 €
Beratung/Consulting	899,64 €
Gutachter/Sachverst.	64.950,98 €
WP/Steuerberatung	1.924,28 €
Summe Dez V	2.685.659,89 €

Warengruppen

WP/Steuerberatung
Beratung/Consulting
Rechtsanwälte/Notare
Gutachter/Sachverst.

Leistung Wirtschaftsprüfer/Steuerberater	Beratung für Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Lohnsteuer, Jahresabschluss
Leistung Beratungsunternehmen (kein IT)	Finanzberatung, Prozessberatung, Strategieberatung
Leistung Rechtsanwälte/Notare	Beratung bei betrieblichen Verträgen (Grundstücksverkehr, Gesellschaftsrecht, Vereinsrecht etc.), betrieblichen Streitsachen u.ä.
Leistungen Gutachter/Sachverständiger	Sachverständiger (Hunde, Bienen etc.),Kfz-Sachverständiger, Baum- und Brandschutzgutachten, Sachverständigenabnahmen, Erstabnahmen und wiederkehrende Prüfungen, Sicherheitsingenieur, TÜV, DEKRA

Auszahlungen im Zeitraum 01.01. bis 31.12.2024 in Warengruppen, in denen u.a. die Dienstleistung "Gutachten" erfasst werden

Geschäftsbereich/Warengruppe	Auszahlungen
1100	192.606,30 €
Beratung/Consulting	192.273,10 €
WP/Steuerberatung	333,20 €
1800	83.947,84 €
Beratung/Consulting	79.989,33 €
Gutachter/Sachverst.	3.958,51 €
2000	63.587,57 €
Beratung/Consulting	32.677,40 €
Gutachter/Sachverst.	1.885,48 €
WP/Steuerberatung	29.024,69 €
3000	168.483,13 €
Rechtsanwälte/Notare	168.483,13 €
3100	102.129,10 €
Beratung/Consulting	14.844,07 €
Gutachter/Sachverst.	64.982,93 €
Rechtsanwälte/Notare	22.302,10 €
3200	163.421,28 €
Gutachter/Sachverst.	163.421,28 €
3600	9.532,59 €
Gutachter/Sachverst.	7.466,82 €
Rechtsanwälte/Notare	2.065,77 €
3700	48.164,06 €
Beratung/Consulting	29.124,06 €
Gutachter/Sachverst.	19.040,00 €
4230	134,40 €
Gutachter/Sachverst.	134,40 €
5000	29.721,49 €
Rechtsanwälte/Notare	29.721,49 €
5100	1.447,22 €
Gutachter/Sachverst.	1.447,22 €
5300	493.191,74 €
Gutachter/Sachverst.	493.191,74 €
6000	4.947,51 €
Rechtsanwälte/Notare	4.947,51 €
6100	1.018.325,02 €
Beratung/Consulting	982.192,95 €
Gutachter/Sachverst.	12.515,83 €
Rechtsanwälte/Notare	23.616,24 €
6200	15.181,87 €
Gutachter/Sachverst.	15.181,87 €
6500	1.302.367,02 €
Beratung/Consulting	88.486,57 €
Gutachter/Sachverst.	1.202.069,16 €
Rechtsanwälte/Notare	10.291,42 €
WP/Steuerberatung	1.519,87 €
6600	15.885,65 €
Beratung/Consulting	397,97 €
Gutachter/Sachverst.	15.487,68 €
6700	137.159,64 €
Beratung/Consulting	549,78 €
Gutachter/Sachverst.	136.609,86 €
8200	140.514,11 €
Beratung/Consulting	34.805,31 €
Gutachter/Sachverst.	59.395,41 €
Rechtsanwälte/Notare	46.313,39 €
8400	221.268,14 €
Beratung/Consulting	194.314,64 €
Rechtsanwälte/Notare	26.953,50 €
9700	24.372,69 €
Gutachter/Sachverst.	19.635,00 €
WP/Steuerberatung	4.737,69 €
Gesamtergebnis	4.236.388,37 €

Dezernat/Warengruppe	Auszahlungen
Dez I	
1100	192.606,30 €
Beratung/Consulting	192.273,10 €
WP/Steuerberatung	333,20 €
1800	83.947,84 €
Beratung/Consulting	79.989,33 €
Gutachter/Sachverst.	3.958,51 €
Summe Dez I	276.554,14 €

Dezernat	Auszahlungen
Dez II	
2000	63.587,57 €
Beratung/Consulting	32.677,40 €
Gutachter/Sachverst.	1.885,48 €
WP/Steuerberatung	29.024,69 €
3000	168.483,13 €
Rechtsanwälte/Notare	168.483,13 €
3600	9.532,59 €
Gutachter/Sachverst.	7.466,82 €
Rechtsanwälte/Notare	2.065,77 €
8200	140.514,11 €
Beratung/Consulting	34.805,31 €
Gutachter/Sachverst.	59.395,41 €
Rechtsanwälte/Notare	46.313,39 €
8400	221.268,14 €
Beratung/Consulting	194.314,64 €
Rechtsanwälte/Notare	26.953,50 €
9700	24.372,69 €
Gutachter/Sachverst.	19.635,00 €
WP/Steuerberatung	4.737,69 €
Summe Dez II	627.758,23 €

Dezernat	Auszahlungen
Dez III	
3100	102.129,10 €
Beratung/Consulting	14.844,07 €
Gutachter/Sachverst.	64.982,93 €
Rechtsanwälte/Notare	22.302,10 €
3200	163.421,28 €
Gutachter/Sachverst.	163.421,28 €
5000	29.721,49 €
Rechtsanwälte/Notare	29.721,49 €
5300	493.191,74 €
Gutachter/Sachverst.	493.191,74 €
Summe Dez III	788.463,61 €

Dezernat	Auszahlungen
Dez IV	
4230	134,40 €
Gutachter/Sachverst.	134,40 €
5100	1.447,22 €
Gutachter/Sachverst.	1.447,22 €
Summe Dez IV	1.581,62 €

Dezernat	Auszahlungen
Dez V	
3700	48.164,06 €
Beratung/Consulting	29.124,06 €
Gutachter/Sachverst.	19.040,00 €
6000	4.947,51 €
Rechtsanwälte/Notare	4.947,51 €
6100	1.018.325,02 €
Beratung/Consulting	982.192,95 €
Gutachter/Sachverst.	12.515,83 €
Rechtsanwälte/Notare	23.616,24 €
6200	15.181,87 €
Gutachter/Sachverst.	15.181,87 €
6500	1.302.367,02 €
Beratung/Consulting	88.486,57 €

Erläuterungen

Geschäftsbereich = Fachbereich bzw- Büro

4230 = Volkshochschule

8200 = 02

8400 = 04

9700 = Zentrales Finanzdepot

Warengruppen

Warengruppenbezeichnung

WP/Steuerberatung

Beratung/Consulting

Rechtsanwälte/Notare

Gutachter/Sachverst.

Inhalte der Warengruppe

Leistung Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Leistung Beratungsunternehmen (kein IT)

Leistung Rechtsanwälte/Notare

Leistungen Gutachter/Sachverständiger

Beispiele

Beratung für Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Lohnsteuer, Jahresabschluss

Finanzberatung, Prozessberatung, Strategieberatung

Beratung bei betrieblichen Verträgen (Grundstücksverkehr, Gesellschaftsrecht, Vereinsrecht etc.), betrieblichen Streitsachen u.ä.

Sachverständiger (Hunde, Bienen etc.),Kfz-Sachverständiger, Baum- und Brandschutzgutachten, Sachverständigenabnahmen, Erstabnahmen und wiederkehrende Prüfungen, Sicherheitsingenieur, TÜV, DEKRA

Gutachter/Sachverst.	1.202.069,16 €
Rechtsanwälte/Notare	10.291,42 €
WP/Steuerberatung	1.519,87 €
6600	15.885,65 €
Beratung/Consulting	397,97 €
Gutachter/Sachverst.	15.487,68 €
6700	137.159,64 €
Beratung/Consulting	549,78 €
Gutachter/Sachverst.	136.609,86 €
Summe Dez. V	2.542.030,77 €

14. Investitionen und Zukunftssicherung

14.1 Bitte führen Sie für die Jahre 2022, 2023 und 2024 auf wie viel des Investitionsvolumens im Dezernat V verbaut werden konnte.

Stellungnahme:

Die Mittelverwendung kann den nachfolgenden Aufstellungen entnommen werden. Aufgeführt sind die finanziellen Investitionstätigkeiten der FB'e 37, 65, 66 und 67. Somit sind sowohl die jeweiligen investiven Anschaffungen als auch die investiven Bautätigkeiten erfasst.

HH-Jahr	Finanzposition	Bezeichnung Finanzposition	Originalbudget Planansatz	Ermächtigungsübertragungen	Budget Gesamt	Umbuchungen	Rechnungen	Zahlungen	Summe verfügt	verbaut Gesamt	in %
	782600	> Wertgrenze	9.695.000,00	10.035.308,00	19.730.308,00	664.802,11	108.466,33	7.582.810,28	8.356.078,72	8.247.612,39	42%
	782700	< Wertgrenze	1.949.550,00	1.021.146,64	2.970.696,64	29.006,91	25.174,58	686.589,54	740.771,03	715.596,45	24%
	783100	Hochbau	32.783.600,00	42.692.895,32	75.476.495,32	5.952.221,32	25.927,70	25.185.003,08	31.163.152,10	31.137.224,40	41%
	783200	Tiefbau	12.063.200,00	17.512.884,34	29.576.084,34	393.695,13	106.621,72	12.868.583,00	13.368.899,85	13.262.278,13	45%
	783300	Grün	4.404.000,00	1.438.082,51	5.842.082,51	-24.220,75	333,65	1.446.312,63	1.422.425,53	1.422.091,88	24%
2022			60.895.350,00	72.700.316,81	133.595.666,81	7.015.504,72	266.523,98	47.769.298,53	55.051.327,23	54.784.803,25	41%
	782600	> Wertgrenze	15.183.150,00	2.886.215,48	18.069.365,48	63.088,18	30.073,62	3.596.602,77	3.689.764,57	3.659.690,95	20%
	782700	< Wertgrenze	2.288.650,00	1.268.766,44	3.557.416,44	32.216,18	-12.630,25	673.890,67	693.476,60	706.106,85	20%
	783100	Hochbau	69.038.500,00	58.982.661,86	128.021.161,86	2.042.287,96	875.510,95	35.500.457,63	38.418.256,54	37.542.745,59	29%
	783200	Tiefbau	14.735.000,00	15.148.727,91	29.883.727,91	44.967,76	-63.495,51	10.243.084,08	10.224.556,33	10.288.051,84	34%
	783300	Grün	5.395.000,00	2.613.160,98	8.008.160,98	-58.861,11	97.302,91	1.629.356,98	1.667.798,78	1.570.495,87	20%
2023			106.640.300,00	80.899.532,67	187.539.832,67	2.123.698,97	926.761,72	51.643.392,13	54.693.852,82	53.767.091,10	29%
	782600	> Wertgrenze	13.949.500,00	4.825.093,87	18.774.593,87	34.129,33	-69.847,73	4.793.019,75	4.757.301,35	4.827.149,08	26%
	782700	< Wertgrenze	770.750,00	2.193.892,27	2.964.642,27	4.411,81	-12.170,92	470.010,85	462.251,74	474.422,66	16%
	783100	Hochbau	101.871.000,00	62.073.339,71	163.944.339,71	412.648,46	-999.350,34	59.744.134,37	59.157.432,49	60.156.782,83	37%
	783200	Tiefbau	16.630.000,00	12.716.264,98	29.346.264,98	550,63	43.915,17	7.890.557,88	7.935.023,68	7.891.108,51	27%
	783300	Grün	5.640.000,00	4.153.160,61	9.793.160,61	356,16	-99.801,91	1.818.252,97	1.718.807,22	1.818.609,13	19%
2024			138.861.250,00	85.961.751,44	224.823.001,44	452.096,39	-1.137.255,73	74.715.975,82	74.030.816,48	75.168.072,21	33%

Anmerkung: der Entwurf des Jahresanschlusses 2024 wird derzeit noch vom FB 20 erstellt und bildet daher vorläufige Werte ab.

Erläuterungen:

Finanzpositionen:

Zuordnung und Klassifizierung gem. § 3 III KomHVO i. V. m. dem amtlichen Kontierungsplan. Die Finanzpositionen 782600 und 782700 bilden Anschaffungen über und unterhalb der bilanziellen Wertgrenzen ab (hier hauptsächlich der FB 37).

Originalbudget:

Summe der im jeweiligen Haushaltsplan veranschlagten Budgets.

Ermächtigungsübertragungen:

Betrag, der an liquiden Mitteln aus dem jeweiligen Vorjahr auf Antrag des mittelbewirtschaftenden FB übertragen wurde, siehe hierzu z. B. die Vorlage Nr. 2024/2843, Beschluss Rat am 01.07.2024.

Budget Gesamt:

Summe der Beträge „Originalbudget“ und „Ermächtigungsübertragungen“.

Umbuchungen:

bilanzielle Korrekturbuchungen, z. B. aus dem Bereich der Unwetterkatastrophe. Hierbei handelt es sich auch um Zahlungsvorgänge.

Rechnungen:	im SAP-System erfasste, aber noch nicht ausgezahlte Rechnungen (z. B. wegen noch nicht eingetretener Fälligkeit).
Zahlungen:	liquider Mittelabfluss (bezahlte Rechnungen).
Summe verfügt:	Summe der Beträge „Umbuchungen“, Rechnungen“ sowie „Zahlungen“.
Verbaut Gesamt:	Summe der Beträge „Umbuchungen“ und „Zahlungen“.
%-Angabe:	Verhältnis „verbaut Gesamt“ zu „Budget Gesamt“.

Mitteilung

Information zum Verfahren zum Jahresabschluss 2024, GPA-Bericht und Haushaltssicherungskonzept (HSK)

1. Jahresabschluss:

Der ursprünglich geplante Termin, den Jahresabschluss 2024 im August im Entwurf in den Rat einzubringen, war bereits – wie mit dem Entwurf des Haushalts 2025 und dem Controllingbericht im Juni avisiert – aus personellen Gründen und aus organisatorischen Veränderungen (aufwendige Übernahme der ehemaligen KSL-Werte in das Buchungssystem der Stadt) eine große zeitliche Herausforderung. Diese Zeitschiene wurde allerdings bis zuletzt aufrecht gehalten, da die Politik den Jahresabschluss dringend als eine der wesentlichen Grundlagen für ihre Entscheidung zum Haushalt eingefordert hat. Aufgrund gravierender technischer Probleme, die inzwischen weitestgehend zusammen mit der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH (ivl) gelöst worden sind, haben sich weitere zeitliche Verzögerungen ergeben, sodass der Jahresabschluss nunmehr qualitätsgesichert erst in der Ratssitzung im Oktober eingebracht werden kann.

Zu allen abgeschlossenen Teilbereichen und feststehenden Zahlen finden bereits in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Rechnungsprüfung und Beratung (FB 14) begleitende Prüfungen statt, sodass weiterhin von einer fristgerechten Verabschiedung im Laufe des Jahres 2025 ausgegangen wird. Formal hätte der Rat im August ohnehin in den gleichen Rechnungsprüfungsausschuss Anfang Dezember verwiesen, wie es der Rat im Oktober tun wird.

Die mit dem Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025 ff. und zuletzt mit dem Controllingbericht im Juni 2025 veröffentlichte Einschätzung für das Jahresergebnis 2024 von ca. 300 Mio. € Fehlbetrag ist nach aktuellem Kenntnisstand weiterhin zutreffend. Es kann sogar davon ausgegangen werden, dass eine leichte Verbesserung/Reduzierung des Fehlbetrags eintreten wird.

Damit neben der formalen Zeitschiene allerdings auch den Erfordernissen der Politik im Kontext der Haushaltplanberatungen Rechnung getragen wird, soll der Entwurf bis spätestens Mitte September 2024 der Politik zur Verfügung gestellt werden und gerade im Hinblick auf die Herbstferien nicht erst mit normalem Vorlauf einer Vorlage für den Oktober-Turnus. Da die Ratssitzung mit der Haushaltsverabschiedung um drei Wochen nach hinten auf den 27.10.2025 verschoben wurde, verliert die Politik auf diesem Weg gegenüber der ursprünglichen Planung kaum Zeit, um sich mit dem Jahresabschluss 2024 im Hinblick auf den Haushalt 2025 zu beschäftigen.

2. Ergänzende Information zum GPA-Bericht:

Der GPA-Bericht und die durch die Verwaltung in diesem Zusammenhang erarbeiteten Stellungnahmen werden als Grundlage für die Politik zur Entscheidung über den Haushaltsentwurf bereits in die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rates im August 2025 eingebracht werden.

3. Haushaltssicherungskonzept (HSK):

Vor und vor allem nach der Einbringung des Haushalts 2025 ff. und des HSKs in die Sitzung des Rates am 07.04.2024, den folgenden Haushaltplanberatungen der

Fachgremien und dem Vertagungsbeschluss des Rates vom 07.07.2025 erfolgten häufige Abstimmungsgespräche zwischen der Verwaltung und der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Köln (BRK).

Das Haushaltssicherungskonzept war bisher aufgrund des im 10-Jahreszeitraum gem. § 76 GO NRW nicht darstellbaren Haushaltsausgleichs weder genehmigungsfähig noch politisch konsensfähig. Aufgrund dieser Situation wurden mit der BRK intensiv Alternativen erörtert, u.a. auch, auf welche Weise ggf. die Möglichkeit bestehen könnte, sich künftig auf einen vom o.g. HSK-Zeitraum abweichenden Konsolidierungszeitraum zu verständigen. Gemäß § 76 GO NRW könnte die BRK auf Basis eines individuellen Sanierungskonzeptes nämlich auch einen anderen – längeren – Zeitraum bis beispielsweise zum Jahr 2040 genehmigen. Diese Ausnahme könnte durch die BRK allerdings nur in Betracht gezogen werden, wenn ein realistischer Haushaltsausgleich in 10 Jahren nicht möglich erscheint und keine politische Mehrheit für einen Haushaltsbeschluss erkennbar ist. Diese Voraussetzungen liegen bei der Stadt Leverkusen aktuell vor.

Aufgrund der Nichtgenehmigungsfähigkeit des bisher erarbeiteten HSKs und des nicht gefassten Beschlusses des Rates über eben dieses nicht genehmigungsfähige HSK wurde die Möglichkeit eines verlängerten HSK-Zeitraumes als Einzelfallentscheidung der BRK angefragt. Abseits jeglicher inhaltlicher Voraussetzungen hat die BRK ganz eindeutig mitgeteilt, dass die avisierte Einzelfallregelung – abweichend vom regulären maximalen 10-Jahreszeitraum – nur einmalig mit dem Beschluss des Haushalts 2025 ff. möglich ist. Dies bedeutet, dass nur zum Zeitpunkt des offiziellen Genehmigungsantrages durch die Aufsichtsbehörde die potentielle Möglichkeit eingeräumt wird, ein (vom Rat beschlossenes) verlängertes HSK vorzulegen. Danach läuft die im vorgelegten HSK dargelegte Laufzeit und kann nicht mehr vor Ablauf „verlängert“ werden.

Zielsetzung der Verwaltung ist es, mit einem verlängerten HSK-Zeitraum von 15 Jahren im Jahr 2040 den Haushaltsausgleich zu erreichen. Grundvoraussetzung bei allen Überlegungen ist hierbei eine uneingeschränkte Haushaltsdisziplin und die konsequente Realisierung von HSK-Maßnahmen auf der Aufwandsseite, u.a. mit Unterstützung/in Ergänzung der aktuell laufenden Untersuchung durch Partnerschaft Deutschland - Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD). Zugleich haben die BRK ebenso wie das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) betont, dass die Ertragsseite deutlich stärker in den Fokus zu rücken ist.

Auf dieser Grundlage erarbeitet die Verwaltung nunmehr mit Hochdruck einen neuen HSK-Entwurf mit einem Zeitraum bis zum Jahr 2040, der in die Ratssitzung am 27.10.2025 eingebracht wird. Die Veröffentlichung des überarbeiteten HSK-Entwurfs an die Politik ist für Anfang Oktober avisiert, um einen Beratungszeitraum bis zur Beschlussfassung in der Ratssitzung am 27.10.2025 zu ermöglichen. Zur Vorberatung werden Sondersitzungen der Bezirksvertretungen für die Stadtbezirke I, II und III am 06.10.2025 und des Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 09.10.2025 terminiert. Auf eine Vorberatung in den weiteren Fachausschüssen des Rates muss aufgrund der sehr engen Zeitschiene verzichtet werden.

Hervorzuheben für die regulären Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse und der Bezirksvertretungen im Septemberturnus ist, dass die bereits mit der Vorlage zum Haushalt 2025 ff. Nr. 2025/3235 eingebrachten HSK-Maßnahmen weiterhin dem

Grunde nach Bestand haben und im Rahmen eines verlängerten HSKs bis zum Jahr 2040 um neue Maßnahmen ergänzt werden sollen.

Finanzen in Verbindung mit Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

01.08.2025

Mitteilung

Grünsatzung als Handlungsempfehlung - Webseite Veröffentlichung

Im Jahr 2022 beauftragte der Rat der Stadt Leverkusen die Entwicklung einer Grünsatzung für die Stadt Leverkusen (Vorlage Nr. 2022/1406). Ziel dieses Vorhabens war es, einen Grüngestaltungskanon zu schaffen, der zu einer adäquaten und ausreichenden Begrünung und Bepflanzung in freien und bebauten Gebieten von Leverkusen zum Wohle des Stadtbildes, des Wohlergehens der Bürger*innen und der städtischen Umweltbedingungen beiträgt.

Der Rat der Stadt Leverkusen hat am 05.06.2023 eine Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Erstellung der Grünsatzung beschlossen (Vorlage Nr. 2023/2163). Die daraus hervorgehenden Eingaben wurden geprüft und bewertet und mit allen sonstigen neu gewonnenen Erkenntnissen in den Text der Grünsatzung mit Unterstützung einer externen Rechtsanwaltskanzlei eingearbeitet.

Die aktuelle Haushaltslage der Stadtverwaltung erfordert eine massive Reduzierung der Ausgaben, so dass der Stadtrat am 17.02.2025 beschlossen hat, die weitere Bearbeitung und Einführung der Grünsatzung, auch wenn sie inhaltlich für die zukünftige Entwicklung der Stadt von besonderer Bedeutung ist, derzeit nicht weiterzuverfolgen (Vorlage Nr. 2024/3163).

Die erarbeiteten fachlichen Grundlagen sollen nun genutzt werden, um den Bürger*innen, die sich für den Klimaschutz einsetzen wollen, eine fachliche Orientierung und eine Vision für die zukünftige Stadtentwicklung von Leverkusen zu bieten. Die Inhalte, die in den Satzungsentwurf eingeflossen sind, wurden dafür als Handlungsempfehlungen umformuliert. Diese wurden zudem durch eine Zusammenarbeit mit der TH Köln mit den neuesten wissenschaftlichen Arbeiten und Entwicklungen zum Thema Stadtbegrünung und Stadtklima in Einklang gebracht. Die Handlungsempfehlungen sind seit dem 01.08.2025 auf der Website der Stadtverwaltung veröffentlicht.

Die Veröffentlichung finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.leverkusen.de/stadt-entwickeln/umwelt/gruene-stadt>.

Dezernat für Planen und Bauen

05.08.2025

Mitteilung

Anpassung des Planansatzes 2025

Vor dem Hintergrund der letztjährigen Erfahrungen mit der unterjährigen Entwicklung gerade im Bereich der Gewerbesteuer hat die Verwaltung die Steuergespräche intensiviert und führt diese nun in kurzen Abständen mit den relevanten Steuerschuldnern.

Die aktuelle/reale Ertragssituation sowie die in den letzten zwei Wochen intensiv geführten Steuergespräche weisen darauf hin, dass der Planansatz des Entwurfs mit 180 Mio. € möglicherweise nicht erreicht werden kann, voraussichtlich jedoch mit einer Größenordnung von 150 Mio. € zu rechnen ist.

Bedauerlicherweise haben sich bei einigen relevanten Gewerbesteuerzahlenden unterjährig erhebliche Veränderungen gegenüber der Einschätzung aus dem Frühjahr ergeben. Die Verwaltung möchte die politischen Entscheidungsträger*innen unmittelbar und ohne Zeitverzug über diese Entwicklung informieren. Sollte sich die Tendenz innerhalb der kommenden vier bis sechs Wochen bestätigen, würde über die Veränderungsliste eine entsprechende Anpassung des Plansatzes des Entwurfs 2025 auf 150 Mio. € für die politische Beratung im Oktober 2025 erfolgen. Die vorgenannten Steuergespräche haben allerdings auch ergeben, dass an den Planansätzen in der mittelfristigen Finanzplanung der Folgejahre festgehalten werden kann.

An dieser Stelle wird deutlich darauf hingewiesen, dass auch seitens der Unternehmen immer wieder auf das Steuergeheimnis verwiesen wird und die Verwaltung vor dem Hintergrund einer weiterhin kooperativen Zusammenarbeit keine Interna aus den jeweiligen Gesprächen veröffentlicht.

Dezernat für Finanzen in Verbindung mit Dezernat für Bildung, Jugend und Sport und
Dezernat für Planen und Bauen

06.08.2025

Mitteilung

Disziplinarverfahren gegen Herrn Stadtkämmerer Molitor und Entbindung von Dienstgeschäften

Nach externer juristischer Beratung ist auf Grundlage des Schreibens von Herrn Stadtkämmerer Molitor vom 6. Juli 2025 gemäß § 17 Disziplinargesetz für das Land NRW ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Stadtkämmerer Michael Molitor eingeleitet worden. Gemäß § 39 Beamtenstatusgesetz ist er von seinen Dienstgeschäften entbunden worden. Die sofortige Vollziehung ist angeordnet worden. Die Fortführung seiner Dienstgeschäfte wird - wie bereits seit Ende Juni - weiter in Vertretung sichergestellt.

Oberbürgermeister

11.08.2025

Mitteilung

Sachstand Brandruine „Alt Schlebusch“

Bezugnehmend auf die letzte Mitteilung zum Sachstand „Alt Schlebusch“ vom 26.03.2025 wird das Bauvorhaben weiterhin eng von der Verwaltung begleitet. Diesbezüglich gibt es den folgenden neuen Sachstand:

Das vom Grundstückseigentümer beauftragte Sachverständigenbüro hat die zum Neubau erforderlichen bautechnischen Nachweise bis zum 29.07.2025 abschließend geprüft. Die Unterlagen des Statikers wurden der Bauaufsicht übersandt.

Auf konkrete Nachfrage bei dem mit dem Rohbau beauftragten Bauunternehmen wurde durch dessen Geschäftsführung bestätigt, dass der Baubeginn nach den Herbstferien, also ab dem 27.10.2025, fest eingeplant ist.

Der Grundstückseigentümer befindet sich im konstruktiven Austausch mit den Nachbarn. Der geplante Neubau ist mit diesen abgestimmt und einer Umsetzung steht auch zivilrechtlich nichts im Wege.

Somit steht die Schließung der seit Jahrzehnten klaffenden Baulücke zeitnah bevor. Mit der Errichtung eines neuen Wohn- und Geschäftshauses an dieser Stelle kommt es zu einer Aufwertung der Schlebuscher Fußgängerzone und somit auch der Innenstadt. Durch den kontinuierlichen Einsatz der Verwaltung kann dieser langjährige Prozess nunmehr positiv zu Ende geführt werden.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke in Verbindung mit Bauaufsicht

26.08.2025

Mitteilung

Kreisverkehr Berliner Platz - Ersatz für „Berliner Kissen“ notwendig

Nach dem tödlichen Verkehrsunfall Ende Januar am Kreisverkehr Berliner Platz hat die Unfallkommission (bestehend aus dem Fachbereich Mobilität und Klimaschutz, dem Fachbereich Tiefbau, der Bezirksregierung Köln, der Polizei sowie Straßen.NRW) verschiedene Maßnahmen beschlossen und umsetzen lassen. Ziel war es, umgehend die Sicherheit für den querenden Fuß- und Radverkehr effektiv zu erhöhen, u.a. durch eine erzwungene Temporeduzierung des im Kreislauf ein- und ausfahrenden Kfz-Verkehrs. Um diese Temporeduzierung ohne umfangreiche bauliche Veränderungen kurzfristig zu erreichen, hatte die Unfallkommission die Installation von sogenannten „Berliner Kissen“ aus Kunststoff veranlasst.

Leider hat sich nun herausgestellt, dass alle Kissen bereits nach drei Monaten Schäden aufweisen. Ein Kissen musste demontiert werden, da es sich gelockert hatte. Die Kissen wurden durch die Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen AöR (TBL) nachweislich fachgerecht und nach den Vorgaben des Herstellers montiert. Allerdings treten nach ersten Erkenntnissen aufgrund der leichten Kurvenlage Scherkräfte beim Überfahren der Kissen auf, die in Verbindung mit der insgesamt starken Verkehrsbelastung ursächlich für die Schäden an den Schrauben und der Verklebung sind. Eine Montage an anderer Stelle würde das Problem nicht beseitigen, da der Kreislauf-Radius die ungünstige Kurvenlage der Ausfahrten bedingt.

Im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse der Unfallkommission wurde daher entschieden, nochmals nach Alternativen für die Kissen zu suchen. In Frage kommen etwa kombinierte Bremsschwellen aus Beton und Kunststoff, die nun zeitnah hinsichtlich ihrer Eignung geprüft werden. Sobald die Ergebnisse der Recherche vorliegen, wird die Unfallkommission einberufen, um eine Entscheidung zum weiteren Vorgehen zu treffen.

Sollten die Schwellen nicht verwendbar sein, wird die Unfallkommission zur Situation am Kreisverkehr nochmals den Austausch mit der Bezirksregierung suchen, da langfristig sonst nur noch die Möglichkeit einer baulichen Umgestaltung des gesamten Kreisverkehrs bliebe, die in absehbarer Zeit jedoch nicht realisierbar ist.

Die noch verbliebenen vier Kissen am Kreisverkehr werden weiterhin durch die TBL kontrolliert und je nach fortschreitendem Schadensbild ebenfalls abgebaut.

Zum Hintergrund:

Die Berliner Kissen wurden an allen innenliegenden Ausfahrten des Kreisverkehrs montiert, da sich die Unfälle jeweils in diesen Bereichen ereignet hatten. Vorausgegangen waren dem Beschluss intensive Beratungen zur rechtlichen Zulässigkeit, technischen Umsetzbarkeit und Effektivität verschiedener Bremsschwellen, wie z.B. den sogenannten „Kölner Tellern“, Rüttelstreifen und anderen Systemen, die jedoch aus unterschiedlichen Gründen verworfen werden mussten. Die Unfallkommission hat sich letztlich für die Berliner Kissen entschieden in dem Wissen, dass auch diese Elemente technisch nicht optimal für die Verwendung im Kreisverkehr ausgelegt sind. Allen sonstigen Maßnahmen zur

kurzfristigen Temporeduzierung waren jedoch technisch nicht umsetzbar oder hätten nicht den gewünschten Effekt gehabt.

Mobilität und Klimaschutz

29.08.2025

BK-Nummer 2020/3766 (ö)

Parkgarage Goetheplatz

Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II vom 08.09.2020

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II hat in ihrer Sitzung vom 08.09.2020 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, die Tiefgarage unter dem Verwaltungsgebäude Goetheplatz auch nachts und am Wochenende zu öffnen.

Sollte eine allgemeine öffentliche Nutzung nicht möglich sein, so prüft die Verwaltung, ob die Tiefgarage auf privatrechtlicher Basis zu mindestens an Anlieger zur Verfügung gestellt werden kann.“

Sachstandsbericht:

Alle Versuche, die Tiefgarage unter dem Verwaltungsgebäude Goetheplatz dauerhaft zu öffnen, sind gescheitert.

Eine 24/7-Öffnung der Tiefgarage wäre nur unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel möglich und der Betrieb wäre defizitär.

Die bekannte Haushaltslage verbietet es daher, die Tiefgarage dauerhaft zu öffnen. Da sich die Stadt Leverkusen innerhalb der nächsten Jahre im HSK befinden wird, wird auch in Zukunft eine 24/7-Öffnung nicht möglich sein.

Die Beschlusskontrolle wird eingestellt.

Gebäudewirtschaft

05.08.2025

BK-Nummer 1479/2009 (ö)

Abbau der Schilderdichte im Stadtgebiet

Beschluss des Rates vom 16.02.2009

Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am 16.02.2009 beschlossen, die Reduzierung der Schilderdichte beizubehalten. Die Verwaltung soll in regelmäßigen Abständen einen aktuellen Bericht über die Anzahl der abgebauten Schilder im Stadtgebiet vorlegen. Nachstehend erfolgt der 20. Erfahrungsbericht:

Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2024 wurden im Stadtgebiet Leverkusen insgesamt 137 neue Verkehrszeichen und 160 Zusatzzeichen errichtet. Im gleichen Zeitraum wurden 58 Verkehrszeichen und 36 Zusatzzeichen abgebaut.

Dieser Beschilderungsaufwand ergibt sich insbesondere aus der Förderung der Mobilitätswende und der damit einhergehenden Notwendigkeit der Beschilderung von weiteren Standorten für E-Ladesäulen und wupsi Fahrradverleihstationen. Zudem ergab sich erneut ein Aufwand bei der Einrichtung von personenbezogenen Schwerbehindertenparkplätzen.

Ende 2024 befanden sich nach hiesiger Statistik ca. 11.567 Verkehrszeichen und ca. 4.656 Zusatzzeichen im Stadtgebiet. Bezogen auf derzeit 502,58 Straßenkilometer ergibt sich daraus eine Schilderdichte von durchschnittlich 32,30 Zeichen pro Kilometer.

Der Fachbereich Mobilität und Klimaschutz ist weiterhin bemüht, die Schilderdichte im Rahmen der straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben zu reduzieren. Der nächste Erfahrungsbericht zum Abbau Schilderwald für das Jahr 2025 wird im Laufe des Jahres 2026 veröffentlicht.

Mobilität und Klimaschutz

22.08.2025

BK-Nummer 2023/2351 (ö)

Nutzung erneuerbarer Energien

Beschluss des Rates vom 21.08.2023

Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung vom 21.08.2023 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Rat der Stadt Leverkusen nimmt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 13.12.2021 zum Antrag Nr. 2021/1162 der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.11.2021 „Klimaneutrale Energieversorgung in Leverkusen“ den aktuellen Sachstand zum Ausbau der Nutzung von erneuerbaren Energien durch die Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL) und die Stadtverwaltung Leverkusen zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Leverkusen beauftragt die EVL und die Verwaltung, das gesamte Stadtgebiet hinsichtlich möglicher Standorte zur Nutzung von Einrichtungen für erneuerbare Energien zu prüfen.
3. Der Rat der Stadt Leverkusen beauftragt die EVL und die Verwaltung prioritär mit der tiefgehenden Prüfung der in der Begründung dargestellten Standorte. Die Verwaltung prüft außerdem die Möglichkeit zur Errichtung eines Solarparks auf der Bayer Deponie im Norden des AK Leverkusen West und der Altlast Dhünnau Nord unmittelbar im Autobahnkreuz und bringt die Akteure EVL und Grundstückseigentümer zueinander.
4. Der Rat der Stadt Leverkusen beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Schritte zur Einleitung des Bauleitplanverfahrens für den Bereich Steinbüchel, Fester Weg, einzuleiten.
5. Der Rat der Stadt Leverkusen nimmt zur Kenntnis, dass Bestrebungen zwischen der EVL und der MEGA Grüne Energien GmbH & Co. KG zur Gründung einer interkommunalen Projektgesellschaft zur Betreibung eines Windenergieparks bestehen.
6. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Leverkusen separate Beschlussvorlagen zur weiteren Umsetzung der Maßnahmen vorlegen.“

Sachstandsbericht:

Unter Federführung des Fachbereichs Mobilität und Klimaschutz wurde eine Arbeitsgruppe des Energiewende-Teams gegründet, welche sich mit der Flächensuche für erneuerbare Energien-Anlagen befasst. In den vergangenen Monaten fand ein umfassender Austausch der Mitglieder der Arbeitsgruppe aus Verwaltung und der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL) bzgl. der Flächensuche statt. Diese Prüfung des Stadtgebiets hinsichtlich infrage kommender Flächen wird kontinuierlich fortgeführt.

Zu 2.:

Die o. g. Arbeitsgruppe prüft neben den unter Beschlusspunkt 3 genannten Flächen weitere mögliche Potenzialflächen im Stadtgebiet. Die Auswertung dauert noch an.

Zu 3.:

Im Folgenden werden die aktuellen Sachstände zu den in der Begründung dargestellten Standorten sowie zu weiteren untersuchten Flächen dargestellt.

Der Sachstand zur Fläche Steinbüchel, Fester Weg und dem zugehörigen Bauleitplanverfahren wird unter 4. erläutert.

Windenergie

Die Flächensuche für Windenergieanlagen stellt aufgrund der Vielzahl der Nutzungsansprüche an den Stadtraum, Wohnen, Gewerbe, Freiraum, Erholung, Natur- und Artenschutz sowie Leitungen eine große Herausforderung dar. Der Großteil der betrachteten Flächen kommt aus unterschiedlichen Gründen nicht infrage. Die EVL hat im Jahr 2024 eine Potenzialanalyse zur Windenergienutzung aus dem Jahr 2012 überarbeiten lassen. Es wurde keine erneute Potenzialanalyse des gesamten Stadtgebiets durchgeführt, sondern die Flächen, welche Ergebnis der Analyse in 2012 waren, anhand der veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen erneut geprüft.

Buschbergsee / Hitdorf (Vorlage Nr. 2023/2351)

Der potenzielle Standort für eine Windenergieanlage (WEA) in Hitdorf an der Stadtgrenze zu Monheim ist weiterhin vonseiten der EVL zurückgestellt. Zunächst soll abgewartet werden, wie die rechtliche Bewertung der Umsetzung der Anlage auf Monheimer Stadtgebiet ausfällt. Laut Landschaftsplan-Entwurf soll der Buschbergsee und angrenzende Flächen künftig als Naturschutzgebiet, die umliegenden Flächen, als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Beides betrifft die Potenzialflächen für die WEA der EVL. Daher hat die EVL sich im Rahmen der Offenlage des Landschaftsplan-Entwurfs gegen die Ausweisung eines Naturschutzgebiets am Buschbergsee ausgesprochen. Dies würde sich negativ auf ihre Planungen auswirken.

Heidberg (Vorlage Nr. 2023/2351)

Es handelt sich um eine Fläche im Bereich Heidberg an der Stadtgrenze zu Burscheid. Am 20.06.2022 hat der Rat der Stadt Leverkusen diese Fläche im Rahmen der Beratungen zum Regionalplanentwurf als Vorratsfläche für einen Windpark beschlossen. Diese Fläche wurde im aktuellen Regionalplanentwurf nicht weiter betrachtet. Die EVL hat eine Raumanalyse für Windenergie durchführen lassen. Ergebnis für diese Fläche ist, dass die Entwicklung einer Windenergieanlage aufgrund nichteinhaltbarer Abstände zu Wohngebäuden im Innen- und Außenbereich nicht zu empfehlen ist. Die Fläche wird daher nicht weiter untersucht.

Wuppermündung (Vorlage Nr. 2023/2351)

Diese Fläche befindet sich zwischen der Rheinbrücke im Süden, dem Rhein im Westen, der Alten Wuppermündung im Norden und der A59 im Osten. Sie wurde zwischenzeitlich vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) im Rahmen der Flächenanalyse Windenergie als Potenzialfläche ermittelt. Diese Fläche liegt in einem Bereich für den Schutz der Natur (BSN). Im Abschlussbericht des LANUV ist diese Fläche nicht mehr enthalten. Die Analyse der EVL hat ergeben, dass die Fläche aufgrund der räumlichen Nähe zum Rhein nicht zu empfehlen ist, da mit regelmäßigen Überschwemmungen gerechnet werden muss.

Zusätzlich würde ein Netzanschluss hohe Kosten verursachen. Die Fläche wird nicht weiter untersucht.

Solinger Straße

Die Fläche liegt an der Stadtgrenze zu Langenfeld in unmittelbarer Nähe zu einem Umspannwerk. Auf dem angrenzenden Langenfelder Stadtgebiet werden mehrere Windenergieanlagen betrieben. Im Flächennutzungsplan ist ein gewerbliches Bauflächenpotential eingetragen. Zusätzlich lassen die geringen Abstände zum Umspannwerk eine WEA nicht zu. Aus diesen Gründen wird die Fläche nicht weiter untersucht.

Atzlenbach

Diese von der EVL eingebrachte Fläche liegt zwischen Pattscheid, Romberg und Atzlenbach im Landschaftsschutzgebiet. Die Raumanalyse der EVL kommt zum Ergebnis, dass die Fläche ggf. durch ein Zielabweichungsverfahren in Kombination mit einer Positivplanung entwickelt werden könnte, sofern eine Schallabschätzung ergibt, dass Immissionsrichtwerte eingehalten werden können. Angesichts des hohen Aufwandes und der eingeschränkten Erfolgswahrscheinlichkeit wird die Fläche derzeit nicht weiter untersucht. Laut Landschaftsplan-Entwurf sollen mehrere Flächen in der Umgebung der Potenzialfläche als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Daher hat die EVL sich im Rahmen der Offenlage des Landschaftsplan-Entwurfs dagegen ausgesprochen. Dies würde sich negativ auf ihre Planungen auswirken.

Rheindorf

Die Fläche liegt westlich der Autobahn A59, nördlich des Großen und Kleinen Dehlensees. Sie befindet sich in einem Bereich für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) und einem Regionalen Grünzug. Beides müssen keine Ausschlusskriterien sein. Die Fläche liegt zudem in einem Wasserschutzgebiet (WSG). Circa 500 m entfernt befindet sich eine Wohnsiedlung. Analog zur Fläche Atzlenbach hat die Raumanalyse der EVL ergeben, dass die Fläche ggf. durch ein Zielabweichungsverfahren in Kombination mit einer Positivplanung entwickelt werden könnte, sofern eine Schallabschätzung ergibt, dass Immissionsrichtwerte eingehalten werden können. Angesichts des hohen Aufwandes und der eingeschränkten Erfolgswahrscheinlichkeit wird die Fläche derzeit nicht weiter untersucht.

Freiflächen-Photovoltaik

Im Bereich Freiflächen-Photovoltaik wurden zunächst Flächen betrachtet, welche im 200 m-Puffer zu Autobahnen bzw. Schienenwegen liegen. In diesen Bereichen sind Freiflächen-PV-Anlagen privilegiert. Das bedeutet, dass ein Bauantrag für die Genehmigung ausreichend ist und kein Bauleitplanverfahren nötig ist.

Gleisdreieck (Vorlage Nr. 2023/2351)

Die Fläche liegt südlich der Fixheider Straße, nördlich des Silbersees und zwischen den Gleisen in Opladen. Sie befindet sich im Eigentum des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) und wird teilweise durch einen Hundesportverein und eine Festhalle genutzt. Die vorhandenen Sportplätze für Tennis und Fußball werden nicht mehr genutzt und sind teilweise bereits mit Vegetation überwachsen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde hier Kies und Sand abgebaut. Zudem wurde die Fläche von ca. 1938 bis 1954 als Deponie genutzt. Aufgrund der dadurch vorhandenen Altlasten ist eine Bebauung der Fläche ohne umfassende Sanierung

ausgeschlossen. Diese Altlasten werden regelmäßig kontrolliert. An einigen Stellen treten regelmäßig Ölharze an die Oberfläche. Aus diesem Grund muss die Schutzfolie in Intervallen erneuert werden. Davon abgesehen besteht bzgl. der Altlasten kein akuter Handlungsbedarf. Die Fläche liegt im 200 m-Puffer der Schienenwege, daher ist kein Bebauungsplan notwendig.

Die EVL hat die Wirtschaftlichkeit für eine Photovoltaikanlage auf dem ehemaligen Fußballplatz geprüft und könnte hier eine 1 MW-Anlage mit Ost-West-Ausrichtung errichten. Weitere größere Varianten wurden von der EVL geprüft. Eine Umsetzung würde mit der Verlegung des Hundesportplatzes und der Entfernung der Vegetation auf den ehemaligen Tennisplätzen einhergehen und wird nicht weiterverfolgt, da dies nicht wirtschaftlich ist. EVL und Bundeseisenbahnvermögen haben sich zu einer möglichen Nutzung ausgetauscht. Das BEV ist grundsätzlich offen für eine sinnvolle Nutzung der Fläche. Eine Verpachtung oder ein Verkauf der gesamten Fläche wäre aus Sicht des BEV möglich. Ein Eigentumserwerb kommt allerdings aufgrund der Altlasten und der damit einhergehenden Pflichten weder für die EVL noch die Stadtverwaltung infrage. Eine konkrete Anfrage der EVL zur Anmietung der ehemaligen Sportplatzfläche für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage wurde seitens des BEV abgelehnt. Begründet wird dies mit der Größe der Teilfläche. Das BEV möchte lediglich die gesamte Fläche verpachten. Aus diesem Grund kann die Projektierung der Fläche von der EVL derzeit nicht weiterverfolgt werden.

Die Verwaltung hat Kontakt mit dem Bundeseisenbahnvermögen aufgenommen, um über die Möglichkeit der Verpachtung einer Teilfläche zu verhandeln. Allerdings steht das Bundeseisenbahnvermögen derzeit aufgrund differenter Prioritäten nicht zu weiteren Verhandlungen über die Fläche Gleisdreieck zur Verfügung.

Fläche A3/Nähe Alte Feuerwache

Die Fläche liegt südlich des Willy-Brandt-Rings, östlich der A3, westlich der Stixchesstraße und nördlich der Stadtgrenze zu Köln. Sie wurde von der EVL eingebracht und ist im städtischen Besitz. Die Fläche liegt im Landschaftsschutzgebiet, es müsste eine Befreiung beantragt werden. Auch der Mindestabstand von 40 m zur Autobahn müsste mithilfe einer Ausnahmegenehmigung des Fernstraßenbundesamts auf 14 m abgesenkt werden. Die Fläche scheidet allerdings aus, da sie im Rahmen des RRX-Ausbaus als Ausgleichsfläche an die Deutsche Bahn verpachtet ist. Auf dieser Fläche sollen laut Landschaftspflegerischem Begleitplan eine Streuobstwiese sowie Gehölze entstehen.

Deponie Bürrig und Gesicherte Altlast Dhünnaue (Antrag Nr. 2023/2383 und Vorlage Nr. 2023/2351)

Die Option der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf den Hängen der Deponie Bürrig wurde von der EVL und Currenta, als Betreiberin der Deponie, untersucht. Ergebnis dieser Prüfung ist, dass eine Photovoltaikanlage an diesem Standort nicht wirtschaftlich zu betreiben ist. Dies begründet sich u. a. in der verhältnismäßig geringen Nutzbarkeit der zur Verfügung stehenden Fläche und der Vielzahl an hohen Auflagen durch die Lage im Umfeld des Chemparks. Die Prüfung der Errichtung von PV-Anlagen auf Altstandorten und Deponien ist noch nicht abgeschlossen. Für eine beschleunigte Energiewende erachtet die Verwaltung auch solche Standorte als geeignet für den Ausbau erneuerbarer Energien. Im Rahmen

der engen Zusammenarbeit der Verwaltung und der EVL werden etappenweise alle Optionen für Leverkusen überprüft und evaluiert.

Fläche Bohofsweg

Die Fläche liegt im Stadtteil Steinbüchel. In der Sitzung des Forum ZAK am 06.03.2025 wurde vonseiten der Politik um Prüfung der Fläche für eine potenzielle Freiflächen-Photovoltaikanlage gebeten. Ergebnis der Prüfung der Arbeitsgruppe Flächensuche erneuerbare Energien ist, dass die 1,3 Hektar große kommunale Fläche laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen ist. Diese liegt nicht im privilegierten Bereich in einem Korridor von 200 m um Autobahnen oder Schienenwege. Zudem handelt es sich um hochwertige Parabraunböden. Aus diesen Gründen ist die Errichtung einer Photovoltaikanlage nur in Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung zulässig. Aufgrund der geringen Größe der Fläche ist der Betrieb einer Agri-PV-Anlage für die EVL nicht wirtschaftlich darstellbar. Hierfür würden mind. 2,5 ha Fläche benötigt. Es ist festzustellen, dass die Fläche nicht für die Errichtung einer Agri-PV-Anlage geeignet ist.

Zu 4.:

Fester Weg (Vorlage Nr. 2023/2351)

Die Fläche liegt südlich der Autobahn A1, nördlich des Neubaugebiets am Fester Weg/Albert-Schweitzer-Straße. Sie liegt im 200 m-Puffer der Autobahn, sodass an dieser Stelle ein Bauantrag für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage ausreichend wäre. Ein Bebauungsplan bzw. eine Änderung des Bebauungsplans sind nicht erforderlich. Der bestehende, auf einem Teil der Fläche geltende Bebauungsplan legt einen Teil dieser Fläche als Ausgleichsfläche für das Neubaugebiet fest. Hier sollen eine Extensivwiese, ein Gehölzstreifen und eine Ortsrandbegrünung entstehen. Nach Rücksprache mit den Fachbereichen Stadtplanung und Umwelt ist die Kombination einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einer Extensivwiese bzw. Ausgleichsfläche unter Umständen möglich. Dafür muss eine entsprechende Eingriffsbilanzierung mit Ableitung eventuell notwendiger Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden.

Die EVL fokussiert sich derzeit auf eine Anlage mit ca. 1 MW Leistung auf ca. 1 ha städtischer Fläche am nordöstlichen Rand. Diese Fläche ist an einen Landwirt verpachtet, liegt nicht im Landschaftsschutzgebiet und ist nicht Teil des Bebauungsplans. In einem zweiten Schritt könnte potenziell eine weitere Fläche für eine Erweiterung der Anlage um 1 MW genutzt werden. Wie in der Vorlage Nr. 2023/2351 vorgesehen, wurde zur Sicherung des Vorhabens ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Entwicklung einer Photovoltaikanlage auf dieser Fläche gefasst. Da sich die Planungsfläche (ca. 1 ha) für die Photovoltaikanlage im privilegierten Bereich befindet, kann die Umsetzung auch durch eine Baugenehmigung erfolgen. Die für die Einbringung eines Bauantrages erforderlichen Unterlagen werden derzeit durch die EVL erstellt.

Zu 6.:

Die Arbeitsgruppe Flächensuche erneuerbare Energien wird die Flächen, auf denen die Errichtung einer erneuerbare Energien-Anlage als plausibel eingestuft wird, weiterhin systematisch prüfen. Der Fokus liegt auf der Fläche Fester Weg (PV). Die Aufnahme und Evaluierung neuer Flächen sind jederzeit möglich. Der Lenkungskreis Energiewende wurde im Rahmen der 3. und 4. Sitzung über die aktuellen Sachstände informiert. Zudem wurde auch das Forum ZAK in der Sitzung vom 06.03.2025 über den aktuellen Sachstand informiert. Sobald neue Informationen

bzw. Entscheidungsvorschläge vorliegen, erfolgt eine Einbringung in den entsprechenden Turnus.

Mobilität und Klimaschutz in Verbindung mit Stadtplanung, Umwelt und Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG

25.08.2025